



www.morsbach.de

Flurschütz

Amtliches Mitteilungsblatt der Gemeinde Morsbach

Ausgabe 186 · 10. Januar 2009



(Quelle: Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule NRW e.V.)

Alten- u. Pflegeheim Creuels

Vollstationäre Pflege - Kurzzeitpflege

Inh.: Block/Wagner

51597 Morsbach ■ Seifen 53 ■ Tel.: 02294-8029



• • • TITELTHEMEN • • •

Eine Gesamtschule für Morsbach

ATTRAKTIVE SCHULLANDSCHAFT ALS STANDORTFAKTOR EINER GEMEINDE

Ein umfangreiches und qualitativ hochwertiges Schulangebot zählt zu den wichtigen Standortfaktoren einer jeden Kommune. Gemeinden bleiben für Menschen solange attraktiv, solange sie gute Zukunftsperspektiven bieten. Eltern orientieren sich bei der Wahl ihres Wohnortes an die dort bestehende Schullandschaft. Für Unternehmen ist das vorhandene Bildungsangebot ebenfalls ein wichtiger Standortfaktor, um Nachwuchskräfte aus diesen Schulen zu gewinnen.

In weiten Teilen der Wirtschaft und des Handwerks besteht Einigkeit darüber, dass eines der Kernprobleme der heutigen Bildungsmisere das zerklüftete mehrgliedrige deutsche Schulsystem ist, welches den Lernprozess nicht individuell an den Entwicklungsstand der Schüler koppelt.

DIE GESAMTSCHULE – EINE SCHULE FÜR ALLE KINDER

Alle Schülerinnen und Schüler, die die vierte Klasse der Grundschule erfolgreich durchlaufen haben, können die Gesamtschule besuchen.

In den Klassen 5 und 6 führt die Gesamtschule die pädagogische Arbeit der Grundschule fort. In festen Klassen lernen die Schülerinnen und Schüler in fast allen Fächern gemeinsam. Unterschiedliche Aufgabenstellungen berücksichtigen ihr Lerntempo und ihre Leistungsfähigkeit. Viele Gesamtschulen streben an, dass ein Klassenlehrer und eine Klassenlehrerin gemeinsam die Klasse bis zu ihrem Schulabschluss in Klasse 10 begleiten. Dadurch lernen sich Kinder und Lehrpersonen sehr gut kennen. Dies trägt dazu bei, dass ein Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht, das oft bis weit über die Schulzeit hinaus bestehen bleibt.

LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN IN DER GESAMTSCHULE

Gründe für ein längeres gemeinsames Lernen

Mit dem längeren gemeinsamen Lernen werden bessere Entwicklungsmöglichkeiten für die Kinder, höhere Bildungsleistungen und gleichzeitig mehr Chancengleichheit beim Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen geschaffen. In nahezu allen europäischen Ländern lernen heute die Kinder sechs oder mehr Jahre gemeinsam. In den Niederlanden werden die Kinder im Alter von 12 Jahren auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungsgänge aufgeteilt, in Frankreich im Alter von 15 Jahren und in England, Schweden sowie Finnland im Alter von 16 Jahren.

Laut PISA-Studie ist das längere gemeinsame Lernen ein wesentlicher Erfolgsfaktor in vielen Ländern. Das längere gemeinsame Lernen und die stärkere individuelle Förderung des Einzelnen führen in diesen Ländern zu einer im Vergleich zu Deutschland schwächeren Kopplung von sozialer Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit und Bildungserfolg. Das Ergebnis ist eine viel geringere Leistungsstreuung in diesen Ländern. Die Gruppe derjenigen Schülerinnen und Schüler, denen notwendige Basisqualifikationen für ein lebenslanges Lernen fehlen, ist erheblich kleiner und der Anteil derjenigen, die Spitzenleistungen erzielen, deutlich größer als in Deutschland.

Welche Vorteile bietet längeres gemeinsames Lernen?

1. Entscheidungen über den weiteren schulischen Bildungsweg von Kindern am Ende der Grundschulzeit sind mit erheblichen

Unsicherheiten behaftet. Einerseits haben wissenschaftliche Studien festgestellt, dass die Schullaufbahnpfehlungen nach der Grundschule zu einem großen Teil falsch sind. Andererseits haben auch Eltern zum Ende der Jahrgangsstufe 4 oft Schwierigkeiten, das Leistungsvermögen ihrer Kinder bezogen auf die Wahl des Bildungsganges richtig einzuschätzen. Auf Grund falscher Schullaufbahntscheidungen am Ende der Jahrgangsstufe werden Kinder in ihrem weiteren Schulbesuch oft über- oder unterfordert. Bereits hier werden so für diese Kinder die Weichen für eine problematische Schullaufbahn gestellt: Erfolgsergebnisse bleiben aus, Leistungsdruck und Versagensängste hemmen die Persönlichkeits- und Lernentwicklung des Kindes, aber auch Unterforderungen bestimmen den Schulalltag, oftmals mit der Folge eines mit Schwierigkeiten verbundenen Schulwechsels in den Jahrgangsstufen 6-9.

2. Der Schullaufbahnwechsel nach der 4. Jahrgangsstufe erfolgt sowohl in der Persönlichkeitsentwicklung als auch in der Lernentwicklung vieler Kinder zu früh. Die Persönlichkeitsentwicklung profitiert vom längeren gemeinsamen Lernen. Am Ende der Jahrgangsstufe 6 sind die Kinder gereifter und gefestigter. Sie können den Anforderungen, die ein möglicher Bildungsgangwechsel an sie stellt, selbstbewusster begegnen. Starke Persönlichkeiten sind gute Lerner. Im Alter von 10 Jahren zeigt sich bei vielen Kindern noch ein großes Entwicklungspotenzial im Lernen. Der mit der Schullaufbahnpfehlung verbundene Leistungsdruck bereits in der Grundschule wird auch von Eltern als negativ empfunden und wirkt sich hemmend auf die Lernentwicklung der Kinder aus. Der Entwicklungskorridor in der Jahrgangsstufe 5 und 6 wird durch das gemeinsame Lernen besser genutzt. Lernschwächere Schülerinnen und Schüler und Spätentwickler erhalten weitere Zeit für den Ausgleich von Bildungsdefiziten. Bildungswege bleiben länger offen. Damit erweitern sich die Bildungschancen für viele Kinder im Hinblick auf den Erwerb höherer Bildungsabschlüsse.

3. Die Schullaufbahntscheidungen am Ende der Grundschulzeit erweisen sich in der Praxis als wenig korrigierbar und sind mit weitreichenden Konsequenzen für den schulischen Bildungsweg und Abschluss verbunden. Für viele Schülerinnen und Schüler bedeutet dieses oft Ausgrenzung aus der vertrauten Lerngemeinschaft sowie die Schwächung des Selbstwertgefühls.

4. In der gemeinsamen Orientierungsstufe besteht die Möglichkeit der weiteren Förderung und Beobachtung der tatsächlichen Leistungsentwicklung. Die Schullaufbahnpfehlungen am Ende der Jahrgangsstufe 6 haben erwiesenermaßen eine erheblich höhere Verlässlichkeit.

5. In der Orientierungsstufe lernen die Kinder nicht nur miteinander, sondern auch voneinander. Das gemeinsame Arbeiten von Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen an einer Aufgabe ist ein Wesensmerkmal unserer Gesellschaft, in der die zu bewältigenden Aufgaben immer stärker das aufeinander abgestimmte Zusammenwirken unterschiedlichster Professionen erfordern. Dieses Miteinander muss in der Schule gelernt werden. Das gemeinsame längere Lernen in den Jahrgangsstufen 5 und 6 bietet vielfältige Möglichkeiten für das soziale Lernen. Gemeinsames Lernen nutzt den Stärkeren, die z.B. den Unterrichtsgegenstand zusätzlich den Schwächeren vermitteln können, dabei im Erläutern ihre Kenntnis selbst vertiefen und die Rolle des Lehrenden übernehmen können. Gemeinsames Lernen nutzt den Schwächeren, die in den Stärkeren zusätzliche Betreuer finden und dafür mit ihren Fragen ihre Mitschülerinnen und Mitschüler zu neuen Denkansätzen führen. In diesem gemeinsamen Lernen wird nicht nur Fachwissen vermittelt, sondern auch die Mitwirkung an einer Gemeinschaftsaufgabe ermöglicht und Respekt für den Anderen entwickelt.

INDIVIDUELLE FÖRDERUNG IN DER GESAMTSCHULE

Damit individuelle Förderung gelingen kann, bedarf es vieler Voraussetzungen. Die Schule muss ein sicherer Lernort für die Kinder sein. In der Gesamtschule gibt es kein Sitzenbleiben bis zum Ende des 9. Schuljahres und auch kein Abschieben auf eine „leichtere“ Schulform. Denn wenn Sitzenbleiben oder eine Ab-

Zum Inhalt:

• Titelthema:	Seite 2-7
• Haushaltsreden:	Seite 7-15
• Vorankündigungen:	Seite 15

schulung auf eine „leichtere“ Schulform droht, ist das Lernen mit Angst verbunden. Angst erschwert aber das Lernen. Angst kann die Ursache von Misserfolgen sein.

Damit alle Kinder den optimalen Bildungsgang wählen können, werden sie von den Klassenlehrern und Klassenlehrerinnen sowie von einem Beratungsteam und den Abteilungsleitungen begleitet. Diese informieren die Kinder und die Eltern über ihre Möglichkeiten und beraten sie, damit der bestmögliche Schulabschluss erreicht werden kann. Im Fachunterricht werden die Kinder individuell gefördert, indem bewusst Lernangebote für die Vielfalt der Kinder gemacht werden. Es gibt unterschiedliche Arbeits- und Übungsaufgaben, gemeinsames Arbeiten in heterogenen Gruppen, Zusatzangebote. Daneben gibt es in der Gesamtschule Förderangebote. Diese Förderangebote entwickelt jede Schule individuell, damit sie so gut wie möglich zu ihren Kindern und Jugendlichen passen. Individuelle Förderung bedeutet: Jedes Kind und Jugendlichen in seinen unterschiedlichen Begabungen, Stärken und Schwächen im Blick haben und fördern. Das gibt für besonders begabte Kinder, für einseitig Begabte, für die unauffälligen Lerner, für Kinder mit Schwierigkeiten in der deutschen Sprache, für Kinder mit Lernschwierigkeiten. Alle Gesamtschulen verstehen sich als Schulen, die diese große Vielfalt der Kinder wertschätzen, fördern und entwickeln. Allerdings gilt auch an Gesamtschulen: Die Ressourcen sind begrenzt. Gesamtschulen arbeiten so effektiv wie möglich mit den Ressourcen, die sie haben. Aber sie können nicht mehr als ihre vorhandenen Ressourcen wirksam nutzen.

CHANCENGLEICHHEIT

Nirgendwo auf der Welt außer in Deutschland (und Österreich) werden die Kinder nach vier Schuljahren in unterschiedliche Schulen und Bildungsgänge getrennt. Dies bringt für Eltern und Kinder vielfältige Schwierigkeiten mit sich. Am größten sind die Nachteile für Kinder, denen die Eltern nicht helfen können. Das bedeutet: Im gegliederten System haben die Kinder von Abiturienten viel mehr Chancen auf eine höherwertige Schulbildung als Kinder von Arbeitern oder gar Kinder ausländischer Herkunft – selbst bei gleicher Intelligenz. Inzwischen wird dies weithin als politischer Skandal anerkannt. Die Gesamtschule dagegen ist die gemeinsame Schule für alle Kinder. Hier sind alle Kinder willkommen. Alle Kinder können bis zum Ende der Schulzeit ihre Fähigkeiten entwickeln. Deshalb haben mehr Kinder – unabhängig von ihrem Elternhaus – bessere Chancen auf höhere Schulabschlüsse. Die Ungleichheit der Bildungschancen wird verringert. Viele Schüler und Schülerinnen erreichen weit bessere Schulabschlüsse als es der Grundschulprognose entspricht. Viele Gesamtschüler und Gesamtschülerinnen sind die ersten in ihrer Familie, die den Mittleren Abschluss oder gar das Abitur schaffen. An der Gesamtschule schaffen dreimal so viele Jugendliche mit ausländischer Herkunft das Abitur wie am Gymnasium.

INTERDISZIPLINÄRES LERNEN

Nur die Zusammenfassung aller Kinder in einer Schule schafft alle Voraussetzungen für die Öffnung der Schule in das gesamte kulturelle Umfeld einer Gemeinde oder eines Stadtteils. Die Gesamtschule kann ein kulturelles Zentrum sein, in dem Lern- und Kulturbedürfnisse von Jugendlichen und Bürgern sinnvoll verknüpft werden. Alle Gesamtschulen unterrichten die Schülerinnen und Schüler vom 5. Schuljahr an in dem Bereich „Arbeitslehre“, d.h. Technik, Wirtschaftslehre und Hauswirtschaft. Die Schülerinnen und Schüler lernen dabei nicht nur den Umgang mit Werkzeugen und Maschinen, sondern sie setzen sich mit den technischen und wirtschaftlichen Grundlagen der heutigen Arbeitswelt auseinander. Im Betriebspraktikum des 9. Schuljahres erproben sie dann ihr Wissen „vor Ort“. Sie lernen Ausbildungsberufe kennen und sammeln konkrete Erfahrungen in der Arbeitswelt.

Die Anforderungen der arbeitsteiligen Welt verlangen zunehmend die Fähigkeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Dies wird an Gesamtschulen gepflegt, zum Beispiel durch

- Einbeziehung außerschulischer Lernorte,
- Projektunterricht,
- Fächerübergreifendes Arbeiten,

Praxis

für ganzheitliche Lebens- und Heilweisen

Norbert J. Schwendemann

Heilpraktiker - Dipl. Mentaltrainer

Cranio-Sacrale-Osteopathie

Wirbelsäulenthherapie n. Dorn-Breuß

Stress-, Angst- und Konfliktmanagement

Sprechstunde o. Hausbesuche n. Vereinbarung ☎ 02294 - 1351

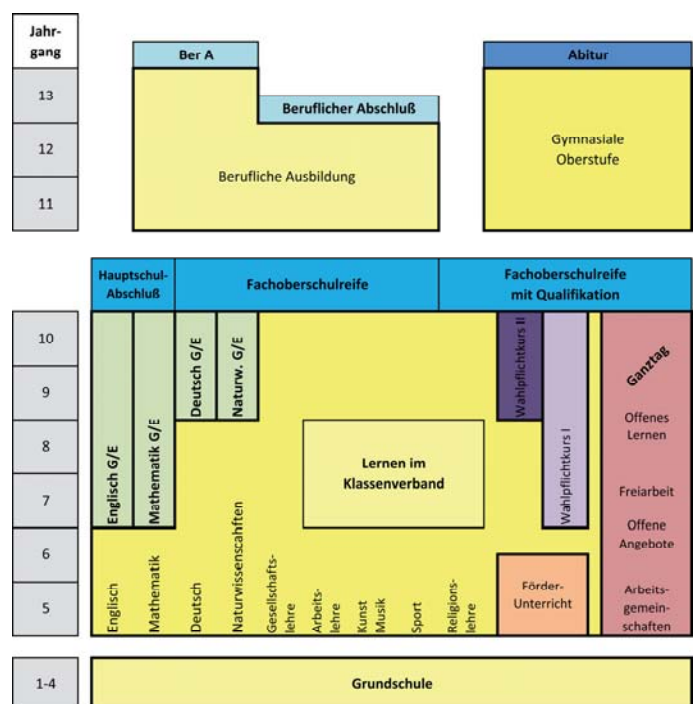
- Einbindung von Eltern, städtischen Einrichtungen und weiteren Experten.

An der Gesamtschule lernen Schülerinnen und Schüler, mit Kindern unterschiedlicher Begabung und Herkunft zusammenzuarbeiten. Sie lernen, Verantwortung zu übernehmen und ihre Standpunkte begründet zu vertreten. In der Gesamtschule lernen der künftige Techniker mit dem künftigen Sozialarbeiter und dieser mit dem künftigen Arzt gemeinsam als Bürger derselben Demokratie.

VORTEILE EINER GESAMTSCHULE FÜR MORSBACH

- An der Gesamtschule können alle Schulabschlüsse erworben werden, ohne die Schule oder den Klassenverband zu wechseln – vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur.
- Endlich wäre eine wohnortnahe Beschulung aller Morsbacher Schüler/Innen in greifbare Nähe gerückt, ohne dass große Teile der Schüler/Innen lange und beschwerliche Schulwege in Nachbarkommunen auf sich nehmen müssen.
- Eltern werden nicht gezwungen, schon im 4. Schuljahr der Grundschule eine Entscheidung für eine bestimmte Schullaufbahn treffen zu müssen.
- Gesamtschulen sind „verlässliche Schulen“ mit festen Anfangs- und Endzeiten. Für Eltern ist dies ein wichtiger verlässlicher Faktor im Familienalltag. Darüber hinaus bieten Gesamtschulen eine gemeinsame Mittagsverpflegung in Form von Mensen und Cafeterien an.
- Der Unterricht an einer Gesamtschule wird bereichert durch vielfältige Kooperationsmöglichkeiten mit außerschulischen Partnern, zu nennen sind hier in erster Linie die örtlichen Betriebe, aber auch Sportvereine.

DER AUFBAU EINER GESAMTSCHULE IN NRW:



(Quelle:
Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. (GGG))

TAXI
KÖSTER
☎
02294-561

Morsbach - Wildbergerhütte - Eckenhagen

■ Krankenfahrten ■ Bestrahlungs- & Dialysefahrten ■ Flughafenentransfer ■ Kleinbus & Rollstuhltransport

GEMEINSAMES LERNEN IN DEN Klassen 5 und 6

Überwiegend findet gemeinsamer Unterricht im Klassenverband statt. Feste Beziehungen zwischen Schülerinnen und Schülern einerseits und Lehrerinnen und Lehrern andererseits werden entwickelt. Die Kinder wiederholen und festigen ihre Kenntnisse und bauen sie aus. In Klasse 5 beginnt die Vermittlung von Kompetenzen gemäß den Kernlehrplänen. Die individuelle Leistungsfähigkeit wird entwickelt. Des Weiteren lernen die Schülerinnen und Schüler, einander zu helfen, zu kooperieren und Rücksicht zu nehmen. Leistungsstarke Schüler und Schülerinnen erhalten zusätzliche Herausforderungen. Lernangebote und zusätzliche Förderkurse helfen schwächeren Schülern und Schülerinnen, ihre Defizite zu verringern. In Klasse 6 beginnt die Wahlpflichtdifferenzierung. An allen Schulen werden eine zweite Fremdsprache, Naturwissenschaften und Arbeitslehre angeboten. Manche Gesamtschulen bieten zusätzlich das Fach Türkisch an Stelle einer zweiten Fremdsprache an. Viele Gesamtschulen bieten auch das Fach „Darstellen und Gestalten“ an, in dem die künstlerischen Fächer zusammen arbeiten. Das in Klasse 6 gewählte Wahlpflichtfach wird bis Klasse 10 belegt und ist das vierte Hauptfach.

ERSTE DIFFERENZIERUNG IN DEN Klassen 7 und 8

In Klasse 7 beginnt die Leistungsdifferenzierung auf zwei Niveaus in den Fächern Englisch und Mathematik. Das Fach Deutsch kann ab Klasse 8 oder erst ab Klasse 9 differenziert werden. Diese Fächer werden dann in Grundkursen (G-Kursen) und in Erweiterungskursen (E-Kursen) unterrichtet. Damit ein Schüler oder eine Schülerin am Ende der Klasse 10 den Mittleren Abschluss (früher „Fachoberschulreife“) oder die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe erhält, müssen dann mindestens zwei bzw. drei Erweiterungskurse belegt sein. So kann jedes Kind auf dem Niveau lernen, das es beherrscht und sich dann durch gute Leistungen im Lauf der Schuljahre verbessern. Damit dies leichter gelingt, machen immer mehr Gesamtschulen Gebrauch von der Möglichkeit, Schüler und Schülerinnen zwar dem E- oder G-Niveau zuzuweisen, diese aber gemeinsam im Klassenverband weiter zu unterrichten. Dadurch orientieren sich die Schüler und Schülerinnen stärker nach oben und verbessern ihre Leistungen und Abschlüsse (klasseninterne Differenzierung). Ab Klasse 8 bietet die Gesamtschule eine weitere Fremdsprache an. Für manche Kinder ist es die zweite Fremdsprache, für andere bereits die dritte. Damit diese Fremdsprache als 2. Fremdsprache im Sinne der Abiturbedingungen anerkannt werden kann, muss sie bis Ende Klasse 11 belegt werden. Alle Schulen verfügen über so genannte Ergänzungsstunden. Jeder Schüler und jede Schülerin hat ein Recht auf diese Stunden. Sie dienen u.a. dazu, die Fremdsprache ab Klasse 8 anzubieten. Die Gesamtschulen können aber auch (nach Beschluss der Schulkonferenz) ein benotetes Neigungsfach nach eigener Wahl oder verschiedenartige Förderkurse (zum Beispiel zum Erreichen des Hauptschulabschlusses oder zum Erreichen der Oberstufenerberechtigung usw.) anbieten.

ORIENTIERUNG AUF DEN SCHULABSCHLUSS in den Klassen 9 und 10

In den Klassen 9 und 10 steht die Orientierung auf den Schulabschluss und auf die anschließende Fortsetzung der Bildung im Mittelpunkt. Die Fachleistungskurse in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik werden fortgeführt. Hinzu kommt eine Fachleistungsdifferenzierung in Grund- und Erweiterungskurse in einem der Fächer Chemie oder Physik. Am Ende der Klasse 9 wird der Hauptschulabschluss vergeben. Wer diesen nicht erreicht, muss das Schuljahr wiederholen. An vielen Schulen gibt es für diese Jugendlichen spezielle „BUS-Klassen“ (Betrieb und

Schule). Dort können diese Schüler und Schülerinnen in einer Kombination von Schulunterricht (drei Tage) und Arbeiten im Betrieb (zwei Tage) neue Motivation gewinnen und sowohl in der Schule als auch bei der Lehrstellensuche erfolgreich sein. Auch an der Gesamtschule werden seit dem Schuljahr 2006/07 die zentralen Prüfungen am Ende der 10. Klasse durchgeführt. Am Ende der Klasse 10 können in der Gesamtschule alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden. In der Gesamtschule wird die Entscheidung über den Schulabschluss je nach den erreichten Leistungen in den Fächern und Kursen erst im Laufe des 9. und 10. Schuljahres gefällt! Das heißt:

Entscheiden muss man erst, wenn man sicher ist.

Heranwachsende lassen sich eben nicht in ein berechenbares Schema pressen. Sie entwickeln und verändern sich im Lauf der sechs Jahre und viele nutzen Chancen, die die offene Schullaufbahn der Gesamtschule ihnen bietet.

Entscheidend für die Schulabschlüsse ist außer den Zensuren in den Einzelfächern die Teilnahme an bestimmten Fachleistungskursen (Grund- oder Erweiterungskursen). Solche Fachleistungskurse werden in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik und Chemie oder Physik gebildet.

Je nach Leistungsfähigkeit können die Schüler und Schülerinnen folgende Abschlüsse erreichen:

Hauptschulabschluss nach Klasse 9 bzw. nach Klasse 10

Der Hauptschulabschluss wird vergeben, wenn in allen Fächern die Note ausreichend erteilt wird.

Die Zugehörigkeit zu einem Erweiterungskurs ist nicht erforderlich.

Mittlerer Abschluss nach Klasse 10

Erforderlich ist die Teilnahme an zwei Erweiterungskursen in der Jahrgangsstufe 10. In den Erweiterungskursen werden ausreichende, in den Grundkursen befriedigende Leistungen verlangt.

	Deutsch, Mathematik, Englisch und Chemie oder Physik				Wahlpflicht
<i>Erweiterungskurse</i>	ausreichend	ausreichend			
<i>Grundkurse</i>			befriedigend	befriedigend	ausreichend
<i>Nicht diff. Fächer</i>	zwei Fächer befriedigend, die übrigen ausreichend				

Mittlerer Abschluss mit Qualifikationsvermerk

Erforderlich ist die Teilnahme an drei Erweiterungskursen in der Jahrgangsstufe 10. In den Erweiterungskursen werden befriedigende, in dem Grundkurs gute Leistungen verlangt.

	Deutsch, Mathematik, Englisch und Chemie oder Physik				Wahlpflicht
<i>Erweiterungskurse</i>	befriedigend	befriedigend	befriedigend		
<i>Grundkurse</i>				gut	befriedigend
<i>Nicht diff. Fächer</i>	befriedigend				

Zulässige Unterschreitungen, Ausgleichsmöglichkeiten

Wie in jeder Schulform gibt es einige Regelungen, nach denen ein Abschluss auch dann vergeben werden kann, wenn in einzelnen Fächern die erforderlichen Mindestleistungen nicht erreicht sind. In den meisten Fällen muss dann ein Ausgleich durch höhere

Anzeigenannahme für den Flurschütz:

Frau Hebel: (0 22 61) 95 72-35

Herr Elsner: (0 22 61) 95 72-32

BESTATTUNGEN

Puhl

chemals **stricker**

ERFAHRUNG schafft VERTRAUEN

- Erledigung aller Formalitäten
- Särge in allen Ausführungen
- Überführung im In- und Ausland
- Erd-, See- und Feuerbestattungen
- Beerdigungen auf allen Friedhöfen
- Ruheforst

**Puhl: Talweg 6 a,
51597 Morsbach,
www.im-trauerfall.de,
Email: info@im-trauerfall.de
Inhaberin: Anja Hahn**

Telefon 02294 1398



Morsbach
Lichtenberg
Brüchermühle
Odenspiel
Denklingen
Friesenhagen

Leistungen in einem anderem Fach der Fächergruppe erzielt werden. Wichtig ist aber, dass die fehlende Zugehörigkeit zu einem Erweiterungskurs nicht ausgeglichen werden kann.

DIE GYMNASIALE OBERSTUFE AN DER GESAMTSCHULE

Mit dem Eintritt in die gymnasiale Oberstufe können Schülerinnen und Schüler über ihren Bildungsgang stärker selbst mitbestimmen.

Die Anforderungen, die nach der schulischen Ausbildung an die Jugendlichen gestellt werden, sind hoch. Die gymnasiale Oberstufe wird die Schülerinnen und Schüler gründlich darauf vorbereiten. Sie wird ihnen den Weg zu einem Hochschulstudium ebenso öffnen wie in eine qualifizierte Berufsausbildung. Sie will auch vermitteln, dass junge Menschen sich als bewusste Mitglieder dieser Gesellschaft begreifen und an deren zukünftiger Gestaltung mitwirken.

An der Gesamtschule gibt es verschiedene Wege zum Abitur. Der Regelfall ist: Die Sekundarstufe I dauert von Klasse 5 bis 10 und die dreijährige Oberstufe von Klasse 11 bis 13. Aber es gibt auch die Möglichkeit, in der Sekundarstufe I eine Klasse zu überspringen und das Abitur in zwölf Schuljahren zu schaffen. Anders als am 12-jährigen Gymnasium ist somit keine Entscheidung beim Übergang von der Grundschule erforderlich. Die Leistungsentwicklung kann in Ruhe bis zur Klasse 10 abgewartet werden, bevor letztmalig eine Klasse übersprungen werden kann. Die Gesamtschulen beraten die Schüler und Schülerinnen sowie ihre Eltern auch hinsichtlich dieser Entscheidung individuell und sorgfältig nach genauer Kenntnis der Lernentwicklung und der Anforderungen in der gymnasialen Oberstufe. Die Oberstufe führen die Gesamtschulen als gymnasiale Oberstufe. Dort gelten dieselben Lehrpläne und Bestimmungen wie für die Oberstufe des Gymnasiums.

Am Ende der Jahrgangsstufen 11 und 12 können die Schüler und Schülerinnen den schulischen Teil der Fachhochschulreife erwerben. Nach Klasse 13 erwerben die Schülerinnen und Schüler mit dem Abitur die allgemeine Hochschulreife. Das Abitur ist – wie alle anderen Abschlüsse – bundesweit anerkannt.

Aufgabenfelder und Unterrichtsfächer

Die Unterrichtsfächer in der gymnasialen Oberstufe sind drei Aufgabenfeldern zugeordnet:

- dem sprachlich-literarisch-künstlerischen
- dem gesellschaftswissenschaftlichen
- dem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich.

I. Das sprachlich-literarisch-künstlerische Aufgabenfeld umfasst:

Deutsch, Französisch, Italienisch, Japanisch, Musik, Russisch, Lateinisch, Chinesisch, Kunst, Spanisch, Griechisch, Türkisch, Englisch, Niederländisch, Hebräisch, Neugriechisch

II. Das gesellschaftswissenschaftliche Aufgabenfeld umfasst:

Geschichte, Sozialwissenschaften, Recht, Erdkunde, Philosophie, Erziehungswissenschaft, Psychologie

III. Das mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Aufgabenfeld umfasst

Mathematik, Physik, Ernährungslehre, Biologie, Informatik, Chemie, Technik

Die Fächer Religionslehre und Sport gehören keinem Aufgabenfeld an. Jedes der drei Aufgabenfelder muss in allen Schullaufbahnen durchgängig bis zum Abschluss der gymnasialen Oberstufe einschließlich der Abiturprüfung repräsentiert sein. Kein Aufgabenfeld kann abgewählt oder zugunsten eines anderen ausgetauscht werden. Durch diese Regelungen und die übrigen Pflichtbindungen ist eine gemeinsame Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler gesichert.

Verständlicher Weise können an einer einzigen Schule nicht alle Fächer angeboten werden. Die Schule selbst stellt das Angebot nach ihren Möglichkeiten (z.B. Lehrbefähigung der Lehrerinnen und Lehrer, Zahl der Schülerinnen und Schüler) und nach den Wünschen der Schülerinnen und Schüler zusammen. Schulen können im Rahmen ihres Schulprogramms entsprechende Profile entwickeln und den Schülerinnen und Schülern zur Wahl stellen. Das sind in der Regel Kombinationen von zwei Fächern oder

auch Anbindungen außerschulischer Angebote an ein Schulfach, die spätestens ab der Jahrgangsstufe 12 verpflichtend bis zum Ende der Jahrgangsstufe 13 belegt werden müssen. Durch Kooperation mit benachbarten Schulen soll versucht werden, das Fächerangebot zu erweitern.

Organisation des Unterrichts in der gymnasialen Oberstufe

Die Fächer der gymnasialen Oberstufe werden in der Jahrgangsstufe 11 in Grundkursen und ab der Jahrgangsstufe 12 in Grund- und Leistungskursen unterrichtet. Grundkurse werden dreistündig, bei Kopplung zweier Fächer aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich zweistündig und in den neuen Fremdsprachen ab Jahrgangsstufe 11 vierstündig unterrichtet.

Ab der Jahrgangsstufe 12 werden zwei Fächer als Leistungskurse gewählt. Leistungskurse werden mit fünf Wochenstunden erteilt. Grund- und Leistungskurse unterscheiden sich im Umfang der Gegenstände, in der Intensität ihrer Behandlung und im Grad der methodisch-wissenschaftlichen Erarbeitung.

Erzielbare Abschlüsse nach Klasse 12 bzw. 13

Allgemeine Hochschulreife

Mit Bestehen der Abiturprüfung wird die allgemeine Hochschulreife erworben. Sie befähigt nicht nur zum Studium an einer Hochschule, sondern öffnet zugleich den Weg in eine berufliche Ausbildung außerhalb der Hochschule.

Schulischer Teil der Fachhochschulreife am Ende der Jahrgangsstufe 11

Schülerinnen und Schülern, die in die Jahrgangsstufe 12 versetzt wurden und die gymnasiale Oberstufe verlassen, kann der schulische Teil der Fachhochschulreife am Ende der Jahrgangsstufe 11 bescheinigt werden. In Verbindung mit dem Nachweis über eine abgeschlossene mindestens zweijährige Berufsausbildung nach Bundes- oder Landesrecht gilt die Bescheinigung als Nachweis der Fachhochschulreife. Dieser Abschluss wird nur in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und im Saarland anerkannt.

Schulischer Teil der Fachhochschulreife am Ende der Jahrgangsstufe 12

Schülerinnen und Schüler, die die gymnasiale Oberstufe vor dem Abitur verlassen, können bei entsprechenden Leistungen vom Ende der Jahrgangsstufe 12 an den schulischen Teil der Fachhochschulreife erwerben:

Profiloberstufe

Darüber hinaus steht es den Schulen mit gymnasialer Oberstufe frei, weitere Spezifikationen in ihr Schulprogramm aufzunehmen. So ist es z.B. auch möglich, die gymnasiale Oberstufe als sogenannte Profiloberstufe zu führen.

Eine solche Profiloberstufe ermöglicht u.a. verstärkt fächerübergreifendes, fächerverbindendes und projektorientiertes Lernen, fördert vernetztes Denken und Arbeiten und schafft stabile Lerngruppen. Charakteristisch für eine Profiloberstufe ist, dass ab Jahrgang 11 mindestens zwei Fächer unter einem Leistungs-

STEINSTRASS & PARTNER GbR

RECHTSANWÄLTE

FACHANWÄLTE



RA Heinz H. Schneider
FA für Familienrecht
ADAC Vertragsanwalt



RA Bernd Koch
FA für Arbeitsrecht
FA für Familienrecht



RA Jörg Klein
FA für Strafrecht



RA Jochen Alfes
FA für Arbeitsrecht
FA für Verkehrsrecht



RA Clemens Storbeck
FA für Miet- und
Wohnungseigentumsrecht

WIR haben uns für SIE zusätzlich qualifiziert. Über unsere Spezialgebiete hinaus beraten und vertreten wir SIE kompetent in allen Rechtsangelegenheiten, u. a. im Arbeitsrecht, Baurecht, Erbrecht, Familienrecht, Haftungsrecht, Mietrecht, Forderungsbetreibung, Handels- und Gesellschaftsrecht, Inkasso, Internetrecht, Kaufrecht, Kündigungsrecht, Mietrecht, Reiserecht, Sozialrecht, Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, Verkehrsrecht, Versicherungsrecht, Vertragsrecht.

**Kompetenz
in Ihrer
Nähe.**

Rathausstraße 23 57537 Wissen/Sieg
Telefon: 02742/911-120 Fax: 02742/911-121

Wilhelmstraße 18 57610 Altenkirchen
Telefon: 02681/9833-0 Fax: 02681/9833-55

www.steinstrass.net

info@steinstrass.net

schwerpunkt zusammen gefasst werden. Damit wird für die Oberstufe ein modernes und attraktives Profil geschaffen, das in die Möglichkeiten der Region eingebettet ist.

So bietet z.B., die Gesamtschule Brühl, diesem System folgend, ihren SchülerInnen z.B. folgende Möglichkeiten an.

Die SchülerInnen können zu Beginn der Jahrgangsstufe 11 zwischen drei Leistungsschwerpunkten wählen:

1. Der Leistungsschwerpunkt KOMMUNIKATION

mit Grundkurs Deutsch und Grundkurs Erziehungswissenschaft.

Die SchülerInnen dieses Leistungsschwerpunktes haben ab der Jahrgangsstufe 12 und 13 Deutsch als Leistungskurs, Erziehungswissenschaft als Grundkurs. Hinzu kommt im 12. Jahrgang für diese Gruppe noch ein Literaturkurs. In der Abiturprüfung wird Erziehungswissenschaft nach Wahl des Schülers 3. oder 4. Abiturfach.

2. Der Leistungsschwerpunkt KUNST-GESCHICHTE

mit Grundkurs Kunst und Grundkurs Geschichte.

Die SchülerInnen dieses Leistungsschwerpunktes belegen ab Jahrgangsstufe 12 den Leistungskurs Kunst und den Grundkurs Geschichte. Geschichte wird dann 3. oder 4. Abiturfach, je nach Wahl des Schülers.

3. Der Leistungsschwerpunkt UMWELT

mit Grundkurs Erdkunde und Grundkurs Chemie.

Ab Jahrgangsstufe 12 wird von dieser Schülergruppe Erdkunde im Leistungskurs belegt und Chemie als Grundkurs. Chemie wird in der Abiturprüfung 3. oder 4. Abiturfach.

Mit diesem Profil wird den SchülerInnen schon früh ein verlässliches Kursangebot, das zudem sehr gut in Einklang mit den Pflichtbedingungen zur Kurswahl in der gymnasialen Oberstufe steht, geboten.

WELCHE SCHRITTE NOCH ERFORDERLICH SIND:

- Der Rat beschloss am 14.10.2008 mehrheitlich die **Errichtung einer Gesamtschule** in der Gemeinde Morsbach.
- Eine darauf hin durchgeführte **Elternbefragung zur Ermittlung des Bedarfs** an der Errichtung einer Gesamtschule

Vereinsnachrichten gehören in den „Flurschütz“!

Der „Flurschütz“ Morsbach erscheint alle 14 Tage samstags. Die Vereine im Gemeindegebiet können den „Flurschütz“ mit Leben füllen. Berichte über Jubiläen, Jahreshauptversammlungen, Veranstaltungen, Vereinsausflüge, Erfolge und Meisterschaften sowie Nachrichten an die Vereinsmitglieder gehören in den „Flurschütz“.

Texte müssen auf Diskette oder per e-mail im rtf-Format eingereicht werden. Kontrastreiche Farbfotos oder Schwarzweiß-Aufnahmen im jpg-Format lockern den Text auf. Fotos bitte der e-mail als Anlage anhängen und nicht in den Text „einbetten“. Die Gemeindeverwaltung Morsbach leitet die Vereinsbeiträge an den Verlag weiter. Texte und Fotos bitte bis 10 Tage vor dem Erscheinungstermin senden an die

Gemeindeverwaltung Morsbach · Stichwort „Flurschütz“
Bahnhofstr. 2 · 51597 Morsbach
e-mail: flurschuetz@gemeinde-morsbach.de

Den „Flurschütz“ finden Sie regelmäßig auch im Internet unter www.morsbach.de.

zum Schuljahr 2009/2010 zeigte eine deutlich Tendenz für den Wunsch der Morsbacher Eltern an einer Gesamtschule im Gemeindegebiet. Über 60% der abgegebenen Stimmen votierten für eine Gesamtschule.

- Die Gemeindeverwaltung stellte Anfang November 2008 einen Antrag auf Errichtung einer Gesamtschule zum Schuljahr 2009/2010 bei der Bezirksregierung Köln.
- Gleichzeitig wurde die Bezirksregierung um die Genehmigung einer verkürzten Anmeldefrist für die neue Gesamtschule gebeten. Ziel dieser **verkürzten Anmeldefrist** ist, dass es Eltern bei Nichtzustandekommen der geplanten Gesamtschule bzw. bei eventuellen Verzögerungen weiterhin möglich bleibt, ihre Kind an einer anderen weiterführenden Schule (auch in einer Nachbarkommune) anzumelden.
- Vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Lage, insbesondere der Äußerungen der Landesregierung NRW, möglichst keine einzige Gesamtschule in ganz NRW genehmigen zu wollen, **fasste der Gemeinderat** in seiner Sitzung am 17.12.2008 **den Beschluss**, der Bürgermeister möge **bei einem ablehnenden Bescheid den Klageweg beschreiten sowie einstweiligen Rechtsschutz in Anspruch nehmen**.
- Zwischen Weihnachten und Neujahr erreichte der Ablehnungsbescheid der Bezirksregierung Köln die Gemeindeverwaltung.
- Die zwischenzeitlich eingeschaltete Rechtsanwaltskanzlei wurde darauf hin Anfang Januar beauftragt, Klage in der Hauptsache (d.h., auf Errichtung einer Gesamtschule zum Schuljahr 2009/2010) zu erheben und einstweiligen Rechtsschutz zur Wahrung eines Anmeldeverfahrens im Januar zu beantragen.
- Eine **Informationsveranstaltung** am **19.01.2009** wird interessierten Eltern die Möglichkeit bieten, sich umfassend über die Schulform der Gesamtschule zu informieren. In dieser Veranstaltung wird das Planungsbüro, welches den Schulentwicklungsplan für die Gemeinde Morsbach erstellt hat, zunächst noch einmal die Kernaussagen des Schulentwicklungsplanes darstellen. Im Anschluss daran werden Fürsprecher zweier Schulformen (Gesamtschule und Realschule) Kurzreferate halten, um anschließend eine Podiumsdiskussion eröffnen zu können. Im Verlaufe dieser Diskussion wird zudem die Möglichkeit geboten werden, in einen offenen Dialog mit den Teilnehmern zu treten.

RÄUMLICHE VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE GESAMTSCHULE:

Die Gemeinde Morsbach verfügt über ein auch in sächlicher Hinsicht gut ausgestattetes Schulzentrum. Erhebliche Investitionen der Gemeinde in den vergangenen Jahren haben das Fundament hierfür gelegt. Vor dem Hintergrund, dass mit der Einführung der Gesamtschule die vorhandenen Schulformen, die Haupt- und die Realschule sukzessive aufgelöst werden, steht das Schulzentrum für die Gesamtschule bereit.

Die weiteren **Planungen der räumlichen Voraussetzungen** eines Gesamtschulbetriebes (**Mensa, Selbstlernzentrum** usw.) wurden von einem Fachplanungsbüro erarbeitet und in den Fachausschusssitzungen sowie im Gemeinderat erörtert.



In diesem Zusammenhang wurde zudem nochmals die Problematik erörtert, dass die Gemeinde Morsbach seit dem Kurhausbrand keine Veranstaltungsstätte für die ortsansässigen Vereine hat. Es besteht Einvernehmen, dass es unter Ausnutzung vorhandener Infrastruktur überlegenswert erscheint, die Schaffung einer Veranstaltungsstätte in die Planungen für die neue Gesamtschule mit einzubeziehen.

Zur Umsetzung dieser baulichen Herausforderungen hat der Gemeinderat für dieses Jahr Haushaltsmittel in Höhe von fast 2 Millionen Euro bereitgestellt. Bildungsausgaben sind Zukunftsinvestitionen; sie sichern letztlich auch den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften hier in Morsbach sowie das Wohlergehen der Menschen.

Noch im Frühsommer 2009 wird aller Voraussicht nach mit den Bauarbeiten am Schulzentrum begonnen werden.



• HAUSHALTSREDEN •

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reuber, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates.

Der letzte Haushalt der laufenden Legislaturperiode steht zur Verabschiedung an.

Mit Beginn des Jahres 2005 hat unsere Verwaltung den Haushalt nach den Grundsätzen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) aufgestellt.

Die Umstellung vom kameralistischen Rechnungswesen auf das System einer doppelten Buchführung ist gelungen. Hiermit wurden folgende Ziele verfolgt:

- Umfassende Abbildung des Ressourcenverbrauchs
- Periodengerechte und vollständige Zuordnung des Werteverzehrs
- Darstellung des Vermögens und der Schulden unserer Gemeinde
- Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse
- Größere Haushaltstransparenz für alle Morsbacher Bürgerinnen und Bürger

Heute kann man sagen, die Umstellung auf ein kaufmännisches Rechnungssystem ist zukunftsweisend und richtig. Aber reicher kann sich durch die Umstellung keine Kommune rechnen. Bei allen Investitionen müssen die Abschreibungen verdient werden. Da die kommunale Familie aber keinen Betrieb gewerblicher Art darstellt, sind die Ausgaben und Erträge nur begrenzt zu beeinflussen. Gemeindliche Pflichtaufgaben müssen wahrgenommen

werden. Der größte Ertragsposten von Schlüsselzuweisungen und Gewerbesteuer ist im höchsten Maße konjunkturabhängig. Am 5.12.2008, also vor genau 12 Tagen, hat die Deutsche Bundesbank ihre Prognose für 2009 und 2010 veröffentlicht. Darin heißt es „Die konjunkturellen Aussichten für die deutsche Wirtschaft haben sich nach der abermaligen Verschärfung in der Weltwirtschaft markant verschlechtert. Im Winterhalbjahr 2008/2009 ist mit einem erheblichen Rückgang der realwirtschaftlichen Aktivität in Deutschland zu rechnen. ...Allerdings sind auch im weiteren Verlauf des Jahres 2009 die Belastungsfaktoren als hoch einzuschätzen.“

Der IWF rechnet wie die Bundesbank mit einem Rückgang von 0,8%. Chefökonom von Banken halten sogar ein Szenario von minus 4% für möglich.

Es zeichnet sich also ab, dass die Ergebnisse der Steuerschätzung nicht zu erreichen sein werden. Eines bleibt sicher und das ist das Volumen an Schlüsselzuweisungen, das der kommunalen Familie in 2009 zufließen wird.

Die Schlüsselzuweisungen des Jahres 2009 basieren auf dem Referenzzeitraum 1.10.2007 bis 30.09.2008. **Ab Oktober haben sich die Finanzkrise und die Eintrübung der Weltwirtschaft drastisch verschärft.**

Bei der Einbringung des Haushaltes am 14.10.2008 durch den Kämmerer Klaus Neuhoß wurden wir als Rat mit den Eckdaten des Haushaltes 2009 konfrontiert. Die finanziellen Spielräume sind sehr gering. Die Grenze zum aufstellen eines Haushaltssicherungskonzeptes liegt bei unter 100.000,00 €.

Der Hebesatz der Kreisumlage kann bedingt durch die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement auf 39,5 % Punkte gesenkt werden. Dies führt auch zur Entlastung unseres gemeindlichen Haushaltes. Die Belastungen im Sozial- und Jugendetat des Kreises steigen stetig an. Hier muss durch präventive Maßnahmen, der Anstieg der Kosten deutlich zurückgeführt werden. Die Jugendamtsumlage steigt von 18,0 % auf rd. 23,6 %. Der verstärkte Personaleinsatz beim Jugendamt soll sich in den Folgejahren positiv auf die Finanzen auswirken. Die demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen beschreiben die künftigen Herausforderungen auf kommunaler Ebene.

Die Kommunen müssen eine verlässlichere finanzielle Basisausstattung erhalten, um ihre Pflichtaufgaben erfüllen zu können. Eine seit Jahren geforderte Gemeindefinanzreform muss hier für Abhilfe sorgen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die **CDU – Fraktion** erkennt angesichts der aktuellen Lage, der in der Bevölkerung vorherrschenden und auch ernst zu nehmenden Rezessionsangst die Aufgabe der Kommunalpolitik darin, dem ein realistisches Maß an Optimismus entgegenzuhalten. Einen Optimismus, der sich darin gründet, die geschaffenen soliden Grundlagen unseres Haushaltes zu wahren. Zudem gibt es nach unserer Auffassung Aufgaben in Morsbach anzugehen, deren haushaltsrelevante Umsetzung keinen Aufschub duldet.

Hier sind folgende Aufgaben zu realisieren:

Kinderbetreuung beginnend in den Kindertagesstätten mit dem Angebot der Betreuung unter 3 Jahren bis zum Einschulungsalter. Das Land NRW hat von 2005 bis heute die Anzahl der Betreuungsplätze von 11000 landesweit auf über 44500 Plätze im Jahr 2009 ausgebaut. Wir fördern die Einrichtung von Betreuungsplätzen von Kindern unter 3 Jahren, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Auf Antrag der CDU wurden die Kindergartenbeiträge deutlich gesenkt und liegen damit Landesweit im unteren Drittel.

Ganztagsschulbetrieb in der offenen Ganztagsgrundschule. Bei nachgewiesenem Bedarf wollen wir die Einrichtung einer 4. Gruppe in Morsbach fördern. Mit Beginn des Schuljahres hat die

Hauptschule für die Klasse 5 den Ganztagsbetrieb eingeführt. Das vorgelegte Konzept der Hauptschule war überzeugend und das Schulministerium NRW fördert die Schule sowohl materiell, finanziell und personell durch eine bessere Ausstattung. Kaum ein Lebensabschnitt prägt heranwachsende Menschen mehr als die Phase ihrer Schullaufbahn. Zugleich werden Kinder und Jugendliche in Zukunft mehr Zeit an der Schule verbringen, als dies in den letzten Jahrzehnten der Fall war. Diesem Umstand gilt es auch in Morsbach Rechnung zu tragen und diesen Lebensabschnitt entsprechend zu fördern.

Nicht alle, aber viele Jugendliche brauchen ein Mehr an Orientierungshilfe, Rat, begleitender Unterstützung und individueller Förderung. Das Land NRW fördert massiv den Ausbau von Ganztagsgymnasien und Ganztagsrealschulen. Nachdem die Elternbefragung für eine Gesamtschule abgeschlossen ist und die Bezirksregierung Köln und das Schulministerium nach eingehender Prüfung zu der Entscheidung gelangen, dass in Morsbach die erforderlichen Mindestschülerzahlen von **112 Schülern** aus dem eigenen Gemeindegebiet nicht erreicht werden können, appellieren wir an die anderen Ratsfraktionen unseren Antrag auf Einführung des Ganztagsrealschulbetriebes zu unterstützen. Der zuständige Staatssekretär Herr Winands hat am Freitag den 12.12.2008 anlässlich des Besuches zum 40-jährigen Bestehen der Realschule Morsbach mitgeteilt, dass die Gemeinde Morsbach aus den genannten Gründen einen ablehnenden Bescheid zur Errichtung einer Gesamtschule erhält. Das Schreiben des Schulministeriums liegt der Verwaltung seit gestern vor. **An diesem Fachgespräch haben Sie sehr geehrte Herren Fraktionsvorsitzenden leider nicht teilgenommen.** Die Oberbergische Volkszeitung schreibt „**Da kommt der zuständige Staatssekretär aus dem Schulministerium, Günter Winands, in die Realschule Morsbach, um die weitere Schulentwicklung zu besprechen und der Bürgermeister Raimund Reuber, der eine Gesamtschule favorisiert, ist nicht einmal dabei. Wie kann denn so etwas sein?**“ Mit der Übertragung des Amtes übernimmt der Bürgermeister eine herausragende Verantwortung für die Gesamtgemeinde. Es ist ein beispielloser Akt der Unhöflichkeit, dass der Schulträger ein Mitglied der Landesregierung nicht persönlich begrüßt und eine schriftliche Einladung einfach ignoriert. Bei aller Unterschiedlichkeit in der Sache, sollten Sie Herr Bürgermeister die Bereitschaft zum Dialog auf allen Ebenen nie außer Kraft setzen. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben es verdient, in der Außendarstellung würdig vertreten zu werden. Durch Ihr Fehlverhalten hat unsere Gemeinde großen Schaden genommen, der sich in Euro und Cent nicht beziffern lässt. Die weit über die Grenzen Morsbachs anerkannten Qualitätsstandards unserer Haupt- und Realschule werden in ein völlig falsches Licht in der öffentlichen Wahrnehmung gestellt. Dieser Verantwortung sollten sich alle in Rat und Verwaltung bewusst sein.

Im Leitbild unserer Gemeinde steht „**Wir bieten Stätten für kulturelle Veranstaltungen**“

Durch die Feuerkatastrophe dem das Kurhaus zum Opfer gefallen ist, können wir außer dem Getrudisheim keine Stätten für kulturelle Veranstaltungen anbieten. Im Zuge der Umgestaltung des Schulzentrums auf den Ganztagsbetrieb, können wir 200.000,00 € Landeszuschuss erhalten. Aufgrund unserer Haushaltslage können wir Investitionen die über dem Haushaltsansatz von 1,5 Mio € liegen, kaum finanzieren. Wir sollten versuchen unter den gegebenen finanziellen Spielräumen, die optimale

Anzeigenannahme für den Flurschütz:

**Frau Hebel: (0 22 61) 95 72-35
Herr Elsner: (0 22 61) 95 72-32**

Lösung für unsere Schulen zu finden. Sofern sich schulverträgliche Nutzungsmöglichkeiten auch für unsere kulturellen Vereine ergeben, sollten wir diese Lösungen anstreben.

Wir jedenfalls von der CDU streben eine solche schulverträgliche Lösung an. **Sehr geehrte Damen und Herren**, wir sollten alle gemeinsam versuchen, das möglichste für unsere Schulen und kulturellen Vereine zu erreichen. Gehen Sie mit uns den Weg, der erfolgversprechend und realisierbar ist.

Familien- und Seniorenarbeit wollen wir weiter unterstützen. An der Weiterentwicklung des vorgestellten Familienkonzeptes wollen wir uns weiterhin produktiv einbringen. Die demografische Entwicklung stellt erhöhte Anforderungen an aktiver Seniorenarbeit, die es gilt zu unterstützen.

Die **CDU – Fraktion** setzt sich weiter für den Ausbau der zweiten Fahrspur von Morsbach nach Stippe (L336) ein. Eine schnelle Anbindung an das überörtliche Straßennetz, ist einer der Voraussetzungen für künftige Ansiedlungen.

Bahngelände/Wirtschaftsförderung

Auch wenn durch die anhängigen Gerichtsverfahren über die Nutzung der Eisenbahnstrecke von Waldbröl nach Morsbach noch nicht entschieden ist, gehen wir weiter davon aus, dass die Gemeinde durch Entwidmung des Bahngeländes aus dem Denkmalschutz, den Grunderwerb tätigen kann.

Wir wollen diese Brachlandschaft einer städtebaulichen Neuordnung zuführen.

Grundlage einer soliden Haushaltspolitik ist, bei wachsender Aufgabenlast rechtzeitig das Augenmerk darauf zu lenken, wo sich in Zukunft neue Einnahmequellen erschließen lassen. Neben den Einkommenssteuerzuweisungen bleibt wesentliche Einkunftsart die Einnahme aus der Gewerbesteuer. Diese sind aus heutiger Sicht zwar risikobehaftet, aber dennoch auf gutem Niveau, das wir den in Morsbach ansässigen Unternehmen verdanken. Hier erkennen wir dennoch Entwicklungspotential. Nicht in Form von Gewerbesteuererhöhungen, sondern durch Ansiedlung weiterer Unternehmen.

Kultur/Sport

Die vielen kulturellen Vereine in Morsbach können sich weiterhin unserer Unterstützung sicher sein. Die Förderung unserer Jugendarbeit in Vereinen ist beispielhaft und muss weiter gefördert werden. Die Zuschussmittel für die Errichtung eines Kunstrasenplatzes in Holpe sind im Haushalt 2009 veranschlagt. Unser Hallen- und Freibad muss durch zeitnahe Instandhaltungsarbeiten attraktiv für Badbenutzer bleiben. Bewegungssport ist ein wesentlicher Teil der Gesundheitsvorsorge.

Schlussbemerkung

Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU – Fraktion wird dem Haushalt 2009 nicht zustimmen. Die Gemeinde verliert durch das erfolglose Festhalten am Errichtungsbeschluss einer Gesamtschule 200.000,00 €. Diese Förderhöhe würde die Gemeinde Morsbach erhalten, wenn wir die Realschule in den Ganztagsbetrieb führen. Trotz aller Hinweise und Argumente halten Sie aus nicht nachvollziehbaren Gründen an einem bereits abgelehnten Errichtungsbeschluss fest. Die Möglichkeit unseren kulturtragenden Vereinen eine Stätte für künftige Großveranstaltungen anzubieten, sehen wir aufgrund unserer Haushaltssituation auf das Äußerste gefährdet. Sie gefährden mit ihrer Unbelehrbarkeit unsere Schul- und Kulturlandschaft.

Zum Abschluss danken wir allen Mitarbeiter der Verwaltung die am Haushaltsplanentwurf mitgewirkt haben. Besonders Herrn Kämmerer Neuhoft, Herrn Bukowski, Herrn Menzel, Herrn Mauelshagen und Herrn Bürgermeister Reuber.

Ein ganz besonderer Dank gilt den vielen Ehrenamtler/innen in unserer Gemeinde. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein friedvolles Weihnachtsfest mit Zeit für Besinnung und Entspannung und ein gutes und gesundes Jahr 2009.

Tischlerei

Meisterbetrieb



Holz- und Kunststofffenster
 Rollladentechnik
 Haus- und Innentüren
 Verglasungen
 Treppen
 Innenausbau
 Sicherheitstechnik

**Michael
Hoberg**

Michael Hoberg
 Ellinger Weg 11
 51597 Morsbach

Tel.: 0 22 94 / 15 15

Fax: 0 22 94 / 99 15 71

Mobil: 0172 / 9 35 69 39

Internet:

www.tischlerei-hoberg.de

E-Mail:

info@tischlerei-hoberg.de

CDU Anträge zum Haushalt 2009

- CDU Antrag Familienförderung
- CDU Antrag Öffentliche Bekanntmachungen – Kosten Flurschütz
- CDU Antrag Fördermittel Rad Region Rheinland
- CDU Antrag Erstellung Baulückenkataster
- CDU Antrag Änderung Bezeichnung – Umbau Gesamtschule-, in Umbau Schulzentrum Hahner Str.
- CDU Antrag Untersuchungsgebiet für Städtebauförderung
- CDU Antrag Planungskosten für den Umbau Schulzentrum
- CDU Antrag Umbaukosten Schulzentrum für Ganztagsbetrieb
- CDU Antrag Teilnahme am 108 Schulen Programm/Ganztagsrealschule
- CDU Antrag Auskunft der Verwaltung zum künftigen Schulangebot
- CDU Antrag Beantragung Städtebauförderungsmittel für den Bereich Bachstrasse bis zum Freizeitpark
- CDU Antrag Ausbau L 326 Morsbach/Bitze
- CDU Antrag Schülerbeförderung vom Berufskolleg Dieringhausen nach Morsbach
- CDU Antrag Ausbau Wirtschaftsweg von Ellingen bis Birken
- CDU Antrag Erneuerung Stützmauer in der Bachstrasse
- CDU Antrag Ausweisung von weiteren Wohnbauflächen
- CDU Antrag Ausweisung von weiteren Gewerbeflächen
- CDU Antrag zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in unserer Gemeinde
- CDU Antrag Pensionsverpflichtungen der Gemeinde Morsbach

Impressum

Der „**Flurschütz**“ ist das amtliche Mitteilungsblatt der Gemeinde Morsbach. Erscheinungsweise: 14tägig samstags. Kostenlose Zustellung an die meisten Haushalte in der Gemeinde Morsbach. Auflage: 6.000 Stück. Das amtliche Mitteilungsblatt „**Flurschütz**“ kann sowohl bei der Gemeindeverwaltung Morsbach, Postfach 1153, 51589 Morsbach, als auch beim Druckhaus Gummersbach, gegen Erstattung der Kosten einzeln bezogen werden. Einzelpreis: 1,- Euro zzgl. Versandkosten. Herausgeber für den amtlichen Teil: Der Bürgermeister der Gemeinde Morsbach, Bahnhofstraße 2, 51597 Morsbach, Tel. 02294/6990, Fax. 02294/699187, e-mail: rathaus@gemeinde-morsbach.de.

Herausgeber für die nichtamtlichen Inhalte und den Anzeigenteil: Druckhaus Gummersbach PP GmbH, Stauweiher 4, 51645 Gummersbach, Telefon 02261-9572-0, Telefax 02261-56338, e-mail: info@druckhaus-gummersbach.de.

Gerne werden Texte (rtf-Format) und Fotos (jpg-Format) von Vereinen und Verbänden veröffentlicht. Redaktion: Rathaus Morsbach, e-mail: flurschuetz@gemeinde-morsbach.de. Unverlangt eingesandtes Text- und Bildmaterial wird nicht zurückgesandt. Den „**Flurschütz**“ finden Sie regelmäßig auch im Internet unter www.morsbach.de.

Stellungnahme der SPD/Grüne-Fraktion zum Haushaltsplan 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

„Erschreckender Stillstand bei scheinbarer Bewegung kennzeichnet tatsächlich nahezu alle Politikfelder, die für die Zukunft unserer Gemeinde lebenswichtig sind“

So haben wir im vergangenen Jahr die Lage unserer Gemeinde gekennzeichnet. Leider hat sich daran im Wesentlichen nichts geändert. Wie, so müssen wir uns fragen, kann unsere Gemeinde Erstarrung, Lähmung und am Ende den Stillstand aller für unsere Zukunft lebenswichtigen Entwicklungen vermeiden? Mit anderen Worten: Was können, was müssen wir tun, um zukunftsfähig zu bleiben, ja in vielerlei Hinsicht überhaupt zu werden? Ein bloßes „Weiter so!“ ist inakzeptabel.

Wir dürfen nicht vor den starren Vorgaben der Landespolitik kapitulieren. Es kann nicht sein, dass CDU/FDP-Landespolitiker die Bürger zwingen ihre Rechte von Verwaltungs- und Verfassungsgerichte durchsetzen zu lassen. Geschehen durch den Landesverkehrsminister Oliver Wittke mit der Einflussnahme auf die Wiehltalbahn und jetzt versucht wird durch Herrn Staatssekretär Günter Winands per „ordre per Mufti“ den Regierungspräsidenten Lindlar anzuweisen eine Gesamtschule in Morsbach nicht zu genehmigen.

Auch nicht vor den immer enger werdenden Fesseln der Abgabenlasten gegenüber dem Kreis und den anderen übergeordneten kommunalen Ebenen und Verbänden resignieren. Andererseits müssen wir einen besonnenen Sparkurs fahren, der weiterhin nötige und sinnvolle Leistungen, Innovationen und Investitionen ermöglicht.

Die Senkung der allgemeinen Kreisumlage auf 39,5 %-Punkte ist naturgemäß wünschenswert. Auf der anderen Seite erschreckend und alarmierend zugleich sind die Mehraufwendungen nicht nur im Sozialetat des Kreises, sondern auch im Jugendamtsbereich. Waren hier in 2008 bereits 3,6 Mio. Euro Steigerung hinzunehmen, werden, so der Kreiskämmerer, in 2009 weitere Mehrausgaben von ca. 5,5 Mio. Euro anfallen. Darum wird die Jugendamtsumlage von 18,0% auf ca. 23,6% steigen. Diese Umlage wird uns zusätzlich belasten. Der hier angezeigte Sachverhalt lässt sich so zusammenfassen: Im Bereich Jugend und Familie häufen sich zusehends mehr die Probleme. Prävention ist oberstes Gebot. Ob hier das selektierende, ausgrenzende dreigliedrige Schulsystem antworten kann? Wir bezweifeln das und kommen darauf zurück.

In der jüngsten Kreistagssitzung rühmte sich die CDU der Senkung der Kindergartenbeiträge. Verschwiegen wird dabei, dass 450.000 Euro per Umlage auf die Kommunen entfallen. Verschwiegen wird auch: Es war die SPD Fraktion im Kreistag, die von Anfang an für eine Senkung der Kindergartenbeiträge eingetreten ist und die Absurdität offen legte, die Kindergartenbeiträge zuerst zu erhöhen und dann wieder zu senken.

Meine Damen und Herren,

im vergangenen Jahr haben wir in Morsbach einige Erfolge verzeichnen können, die auf Initiative und unter maßgeblicher Beteiligung der SPD / Die Grünen-Fraktion für die Gemeinde Morsbach errungen werden konnten. – Und dennoch wird sich im Folgenden wiederholt und wie bereits in den letzten Jahren der Schatten unnötigen Zeitverlusts und die bedenkliche Tendenz zum Stillstand zeigen, die ich eingangs meiner Rede als Mahnung vermerkte. Um dem entgegen zu wirken, hat die SPD/Die Grünen Fraktion im Morsbacher Rat eine Reihe von Folgeanträgen sowie neue Anträge gestellt.

1. Auf unseren erfolgreichen Antrag vom November 2008 hin sind nunmehr nach derzeitigem Erkenntnisstand alle anderen Fraktionen im Rat unserer Auffassung gefolgt, wonach eine Versammlungsstätte für die Morsbacher Vereine im Rahmen

des Neubaus der Schulmensa ermöglicht werden soll. Was wir schon 2007 sagten, gilt auch heute: Reine Sporthallen sind keinesfalls auf Dauer geeignet, der kulturell vielfältigen Vereinsarbeit in unserer Gemeinde und entsprechenden Veranstaltungen Rechnung zu tragen. Wurden wir noch 2007 mit diesem Vorstoß seitens der CDU im Rat abgeblockt, ja verspottet, hat sich nunmehr offenbar ein Wandel zur Einsicht eingestellt. Unserem erneuten Antrag für 2009 ähneln Anträge der anderen Fraktionen. Warum erst jetzt? Wir haben auf jeden Fall wertvolle Zeit verloren.

2. Wir haben die Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Familienförderung eingebracht. Wesentliche Eckpunkte einer solchen Konzeption haben wir in unserem entsprechenden Antrag bereits 2007 formuliert. Das im Leitbild der Gemeinde Morsbach gesetzte Ziel, familienfreundlichste Kommune zu werden, darf nicht bloßer Buchstabe bleiben. Wir dringen daher in 2009 erneut auf die Einrichtung eines Familienbüros und die Einführung eines Familienpasses in Morsbach. Die SPD / Die Grünen Fraktion hat erreicht, dass es dann z.B. Vergünstigungen für Familien mit geringem Einkommen geben wird, etwa in der Bücherei und in den Bädern.
3. Wir alle erleben die stete Steigerung der Energiekosten. Darüber dürfen derzeit sinkende Spritpreise nicht hinweg täuschen. Die SPD / Die Grünen-Fraktion hat daher den Bedarf für ein Energiekonzept für Morsbach zum Thema gemacht. Die in unserem schon 2007 gestellten Antrag formulierten Leitfragen zu einem solchen Konzept tragen wir weiter vor. So treten wir z.B. für ein ökologisches Gebäudemanagement ein. Einsparungen bei den Unterhaltungskosten der gemeindlichen Gebäude müssen unser Ziel sein. – In einem Folgeantrag zu 2008 fordern wir für 2009 erneut die konzeptionelle Beratung und Klärung von Problemkomplexen, die für unsere Bürgerinnen und Bürger in Zeiten der Energieteuerungen und zu schaffender neuer Arbeitsplätze von wesentlicher Bedeutung sind: Sollten wir nicht nach Ablauf der Strom-Konzessionsverträge allein oder gemeinsam mit Nachbarkommunen die Energieversorgung künftig selber übernehmen? Wie stellen sich die Möglichkeiten dar, in einem Verbund oder einzeln selbst Energie zu erzeugen, etwa in Form von Bio-Gas, über Restholz oder Hackschnitzel-Blockheizkraftwerke?
4. Mittelfristig steigende Energiekosten lassen die Menschen womöglich wieder enger zusammen rücken. Was in Städten möglich ist, kann auch für Morsbacher Bürgerinnen und Bürger attraktiv werden: Wir wollen Mitfahrergemeinschaften fördern. Darum soll die Möglichkeit von kostenlosen Mitfahrerparkplätzen untersucht werden. Insbesondere Pendler könnten hiervon profitieren. Darüber hinaus würde hierdurch die Ökobilanz verbessert.
5. Weiterhin erkennbar auf der Stelle treten wir beim Thema interkommunale Zusammenarbeit. Auch hier gilt, was wir nunmehr schon seit Jahren anmahnen: Was woanders gelingt, kann auch bei uns gelingen. Denkbar ist die Kooperation mit Nachbarkommunen in den Bereichen Winterdienst, Feuerwehren, Tourismus, öffentlicher Personennah-Verkehr u.a.m. Wir haben den Anspruch, dass diese Arbeitsfelder ernsthaft thematisiert und im Zuge von Vergleichsrechnungen und Machbarkeitsprüfungen dem Rat dargestellt werden.“ – Das Ergebnis ist auch im Jahre 2008 niederschmetternd, nämlich wiederum Stillstand! – Die SPD/Die Grünen Fraktion hat darum in diesem Jahr ein weiteres Mal ein Konzept zur interkommunalen Zusammenarbeit beantragt. Gerade die Bauhofaufgaben können gemeinsam mit anderen Gemeinden wesentlich besser und Kosten minimierend organisiert werden.
6. Meine Damen und Herren, seit Jahren ist das Thema Bahn anhängig. Es ist zur Sache der Gerichte geworden. Das Ver-

waltungsgericht hat zu Gunsten der Wiehltalbahn gegen die Entwidmung der Strecke entschieden. Davon ist auch Morsbach betroffen. In den vergangenen Jahren stand, wie auch im aktuellen Entwurf des Haushalts, der Erwerb des Bahngeländes zu Buche. Wir erinnern an den geltenden Ratsbeschluss zur Erhaltung der Bahntrasse und fordern in Anbetracht der sich immer deutlicher abzeichnenden Rechtsprechung den Haushaltsansatz zum Erwerb des Bahnhofsgeländes ersatzlos zu streichen. Wir sollten darauf verzichten und die Gelder sinnvoller Zwecken widmen. Nicht nachvollziehbar ist, dass die CDU diesen Ansatz im Haushalt belassen will, während sie beispielsweise im Blick auf die Bachstraße nur die Gelder einstellen will, die auch tatsächlich abfließen.

7. Die Zukunft unserer Gemeinde hängt auch von ihrer Kraft als Wirtschaftsstandort ab. Was aber geschieht im Bereich der Wirtschaftsförderung? Als alarmierende Antwort ist ein weiteres Mal festzustellen: In den vergangenen Jahren ist wenig bis nichts passiert. Lange Zeit bot das Gewerbegebiet Lichtenberg einen traurigen Anblick. Endlich hat sich ein Investor gefunden, der hier tätig werden will. Wir fordern für 2009 die Bereitstellung von Personalkapazität für die Aufgabe Wirtschaftsförderung. Die Kontaktpflege mit unseren ansässigen Unternehmen sollte eigentlich guter Brauch sein.
8. Wollen wir unsere Gemeinde als Wohn-, Arbeits- Freizeit-, mit einem Wort als Lebensraum attraktiv für unsere Bürgerinnen und Bürger erhalten und in Anbetracht der demografischen Entwicklung neue Bürgerinnen und Bürger hinzu gewinnen, dann ist auch das Thema Schule und Bildung ein wesentlicher Standortfaktor. Uns allen muss nach wie vor klar sein: Eine Kommune ohne attraktives Bildungsangebot vermindert die Lebensqualität und mittelbar auch die Qualität eines Wirtschaftsstandorts.
9. Seit Jahren hat nicht nur die SPD / Die Grünen Fraktion einen tragfähigen Schulentwicklungsplan gefordert. Zu Beginn des Jahres 2007 ist ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, dessen Erstfassung im September 2007 vorlag. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde bestätigt, worauf wir seit langem hingewiesen hatten: Die Schülerzahlen an den Grundschulen, aber auch an Haupt- und Realschule in Morsbach werden in den kommenden Jahren dramatisch zurück gehen. Im Bereich der Grundschulen haben wir es erreicht, dass alle Grundschulstandorte in unserer Gemeinde erhalten werden. Hierzu hat die Einsicht der Ratsfraktionen glücklicherweise hingereicht. Im Bereich der weiter führenden Schulen haben wir zusammen mit den anderen Fraktionen im Rat der Gemeinde Morsbach – jenseits der CDU – den Beschluss zur Errichtung einer Gesamtschule in Morsbach gefasst. Damit zogen wir die Konsequenzen aus der Datenlage, die uns in erdrückender Weise das Gutachten Dr. Jansen vorführte. Morsbach darf schul- und bildungspolitisch nicht auf dem Status Quo verharren. Unsere Hauptschülerinnen und Hauptschüler dürfen nicht gezwungen werden, in absehbarer Zeit auspendeln zu müssen. Auch unsere Schülerinnen und Schüler, die benachbarte Gymnasien und Gesamtschulen besuchen, müssen die Chance haben, in Morsbach alle Schulabschlüsse erreichen zu können. Soll Morsbach als Bildungsstandort attraktiv sein, muss der Ausstrom Morsbacher Schülerinnen und Schüler gebremst und der Einstrom von Kindern und Jugendlichen aus Nachbargemeinden erhöht werden. Der Schulentwicklungsplan der Gemeinde Morsbach zieht den Schluss, dass dies mit einer Gesamtschule im Ganztags und mit Gymnasialer Oberstufe möglich ist. Bekanntlich ist die Nachfrage von Eltern bei den benachbarten Gesamtschulen in den letzten Jahren stetig gestiegen. Zahlreiche Kinder auch aus Morsbach müssen jedes Jahr abgewiesen werden. Zu bedauern sind im Blick auf die Schuldebatte gleich mehrere Aspekte: Die Landesregierung will eine Gesamtschule schlicht ablehnen. Das Argument, die erforderlichen 112 Anmeldungen würden nicht erreicht, bezieht sich auf eine Umfrage, von der lediglich die Hälfte der angeschriebenen Eltern geantwortet haben. Das Landtagsmitglied Löttgen stellt demgegenüber

Unsere Praxis ist umgezogen

Sie finden uns jetzt

Schulstr. 31, 57537 Wissen

Dr. med. A. Brucherseifer-Escher

Dr. med. Ch. Pickard

Kinder- und Jugendärzte

Telefon: 0 27 42 / 91 13 30

offenbar wider besseren Wissens in einem Interview fest, die Gesamtschule habe keine Chance. Fakt ist: Die Bezirksregierung Köln fordert die Gemeindeverwaltung mit Schreiben vom 9. Dezember auf, noch Unterlagen zum Gesamtschulantrag zu ergänzen. Diese Schreiben ist alles andere als eine strikte Absage. Der wahre Hintergrund für Äußerungen wie die von Herrn Löttgen ist einfach der: Die Gesamtschule *darf* keine Chance haben, da ansonsten das ausgrenzende, von allen Bildungsforschern und nunmehr sogar von Kirchen gerügte dreigliedrige Schulsystem in Deutschland und NRW gefährdet wäre. Herrn Löttgen ausgesprochen enges Sichtfeld wird deutlich, wenn er äußert, es gehe in der Morsbacher Schuldebatte „nicht um die Gemeinde, sondern einzig und allein um die Kinder“. Herr Löttgen verkennt: Es geht um beides! Darum ist unbegreiflich, dass die Morsbacher CDU sich als hörig gegenüber ihrer Landespolitik erweist: Statt mutig und frei zu denken, agitiert man mit Düsseldorfer Hilfe gegen Morsbachs Interessen.

Das Thema ist nicht beendet. Denn die Tatsachen, die der Schulentwicklungsplan darlegt, lassen sich nicht beiseite fegen. Wir bedauern, dass ein nötiges und mögliches Mehr an inhaltlicher und frühzeitiger Information der Eltern in den vergangenen Wochen und Monaten nicht erfolgt ist. Das muss und wird von der Verwaltung nachgeholt werden.

Meine Damen und Herren,
der vorgelegte Haushalt ist in sich solide gearbeitet. Wir danken dem Kämmerer, Herrn Neuhoß, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre vorbereitenden Arbeiten am Haushalt.

Ein Haushalt bildet die fiskalische und die politische Wirklichkeit ab. Er dokumentiert in Zahlen immer auch, ob und inwieweit eine Gemeinde ihre innovative Zukunftskraft bezeugt.

Unsere inhaltliche Haltung zum Haushalt ist in der Tat gespalten. Einerseits finden wir in ihm unsere Vorstellungen nicht in dem Maße wieder, wie es erforderlich wäre, um ihm rückhaltlos zustimmen zu können. Das zeigen unsere vorstehenden Darlegungen. Gleichwohl bedeutet der Entschluss zur Wende in Richtung auf eine zukunftsfähige, die Attraktivität unserer Gemeinde insgesamt steigernde Schul- und Bildungspolitik für uns ein Signal dahin, dass wir uns in Morsbach doch noch bewegen, dass wir dem Stillstand entgegen wirken können. Darum nehmen wir dieses Signal zum Anlass, dem Haushalt trotz aller vorgetragenen Bedenken zuzustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit



Die TIERE UND PFLANZEN des Morsbacher Berglandes

Christoph Buchen, 2004

Das Buch ist erhältlich in allen Buchhandlungen sowie im Druckhaus Gummersbach PP GmbH · Tel. 02261/95720 · Fax 56338 · e-mail: info@druckhaus-gummersbach.de

Stellungnahme der BFM-Fraktion zum Haushaltsplan 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger Morsbachs.

Anhand einiger Beispiele möchte ich unsere Sichtweise zum Haushalt und unseren eigenen Zielvorstellungen kundtun:

„Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gemeinde.“ Dies ist einer der Sätze, den sich Rat und Verwaltung im Mai 2007 ins Leitbild für unsere Gemeinde geschrieben haben. Es wurden daraus Ziele und Strategiegaussagen abgeleitet, wie z.B. „Kinder und Jugendliche unserer Gemeinde haben hervorragende Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten.“ Um diesen Worten auch Taten folgen zu lassen, wurde durch Ratsbeschluss die Stärkung der Sekundarstufe I und Einführung einer Sekundarstufe II durch Errichtung einer Morsbacher Gesamtschule verabschiedet. So wird es zukünftig möglich, auch in Morsbach das Abitur anbieten zu können. Die Mehrheit der Fraktionen im Gemeinderat ist sich einig, dass die Gemeinde eine solche Schule benötigt, um den Bildungsstandort Morsbach für unsere Kinder aufzuwerten und für die Zukunft nachhaltig fit zu machen. Nur die CDU-Ratsfraktion hat ideologische Vorbehalte und stülpt einfach die Landesschulpolitik über unsere Gemeinde ohne darüber nachzudenken, ob dies sinnvoll ist. Ich frage Sie, meine Damen und Herren der CDU, was Sie unseren Kindern in einigen Jahren sagen, die nach wie vor täglich weite Wege auf sich nehmen müssen für Ihre schulische Ausbildung? Was antworten Sie ansässigen Unternehmen, die nach genügend qualifizierten Nachwuchskräften fragen? Was halten Sie jungen Familien entgegen, die sich aufgrund des nicht ausreichenden örtlichen Schulangebots in anderen Gemeinden ansiedeln? Und nicht zuletzt: Wie sehen Sie die Zukunft unserer Hauptschule mit mittlerweile nur noch einer Klasse im Jahrgang 5?

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zum kürzlich stattgefundenen angeblichen Fachgespräch zum Thema Schulentwicklungsplanung. Dies fand auf Einladung der Realschule anlässlich des Besuchs von Staatssekretär Winands statt. Hier befremdet uns die Tatsache, dass die CDU-Fraktion und das Rektorat der Realschule offenbar die Schule als Plattform zur politischen Stimmungsmache nutzt. Eine öffentliche Schule ist aber kein politisches Forum und darf dazu nicht missbraucht werden. Dies gilt umso mehr, da die Realschule und ihr Rektor in dieser Sache befangen sind. Das Thema Schulentwicklung muss Sache des Gemeinderates bleiben. Vor diesem Hintergrund wundert auch die einseitige Gästeliste nicht mehr. Aus dem Landtag wurde Herr Bodo Löttgen (CDU) eingeladen, Dr. Gero Karthaus, (SPD), dagegen nicht. Wenn die dringend notwendige Reformierung unserer Schullandschaft durch die Bezirksregierung in Form der Ablehnung des Schulantrages blockiert wird, fordert die BFM-Fraktion die Verwaltung eindringlich dazu auf, das Recht, das uns durch das Schulgesetz gegeben ist, einzuklagen.

Ein weiterer Leitsatz unserer Gemeinde lautet, „Unsere Bürger und Unternehmen sind gerne in Morsbach“ und beinhaltet die Strategiegaussage: „Wir bieten Stätten für kulturelle Veranstaltungen.“ Trotz dieses Bekenntnisses besteht in Morsbach nach wie vor dringender Bedarf an einer Versammlungsstätte. Wir schlagen ein Kombinationsprojekt im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen für eine Mensa bzw. einem Schulversammlungsraum im Schulzentrum vor. Im Schulausschuss wurden schon einige Planungen und Konzepte vorgestellt, die noch eingehend mit allen Beteiligten beraten und diskutiert werden sollten.

Die Strategiegaussage „wir achten auf einen ausgewogenen Branchenmix bei den Unternehmen, ist in der Vergangenheit bereits in einigen Fällen verspielt worden (siehe Beispiel Netzpione) und die Gemeinde wäre bei der heutigen Wirtschaftslage nicht so stark von einzelnen großen Arbeitgebern abhängig. Da nun das Industriegebiet Lichtenberg verkauft ist und dort bereits gebaut wird, entstehen hoffentlich neue Arbeits- und Ausbildungsplätze für Morsbach.

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ SCHNUPPERKUR in KOLBERG/POLEN

07.03.-14.03.09

ab 349,- €

★ 7x Übernachtung im ausgewählten Hotel ★ 7x Frühstücksbuffet
★ 7x Abendessen ★ 1 Kurberatung ★ ca. 2 Anwendungen pro Werktag ★
Nutzung Hallenbad, Whirlpool u. Sauna ★ 1x Tanzabend ★ deutsch sprechende
Reiseleitung vor Ort ★ Kurtaxe

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ SCHLACHTFEST im ERZGEBIRGE

20.03.-22.03.2009

165,- €

★ 2x Übernachtung im Hotel „Wemmer“ ★ 2x reichhaltiges Frühstücksbuffet ★
1x großes Schlachttbuffet ★ LIVE-Musik beim Schlachttfest ★ Ausflug Erzgebirge-
Rundfahrt

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ SPANIEN OLÉ zum SPARPREIS

29.03.-05.04.09

219,- €

★ 5x Übernachtung im 4*-Hotel inkl. Vollpension ★ Eintritt Botanischer Garten
★ Modenschau inkl. 1 Getränk frei ★ interessante Ausflüge (gegen Aufpreis)

Weitere Informationen sowie unsere aktuellen Tagesfahrten finden Sie in
unserem Winterkatalog 08/09.



HOFACKER TOURISTIK * Wilfried Hofacker
Hesperer Straße 37 * 51580 Reichshof
Tel. 02297-1248 * Fax 02297-1811
www.hofacker-touristik.de

In der Leitbildkategorie Infrastruktur fordern wir die folgende Strategiegaussage zu streichen: „Wir streben für die zukünftige Nutzung der Bahntrasse die Verbindung der Radwegenetze an Agger und Sieg an, nachdem die Freistellung vom Bahnverkehr und die Entlassung aus dem Denkmalschutz erfolgt ist“. Die bisherige und zu erwartende Rechtsprechung zum Thema Bahngelände und Bahnbetrieb in Morsbach lässt keine anderen Schlussfolgerungen zu, als dass die Gemeinde Morsbach die von ihr avisierten Ziele sowohl auf dem Bahnhofsgelände als auch auf der ihr gehörenden Bahntrasse nicht verwirklichen kann. Deshalb sollte der Haushaltsansatz von 1,1 Mio € für das Jahr 2009 gestrichen werden. Für die BFM spielt wirtschaftliches Handeln und eine solide Haushaltspolitik eine große Rolle. Deshalb werden wir darauf achten, dass der Haushaltsansatz „Bahnhofsgelände“ nicht für andere Ausgabenansätze genutzt wird. Die Verkehrssicherungspflicht der Viadukte belastet den Haushalt. Dieses Geld hätte sinnvoller eingesetzt werden können.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Umwelt- und Klimaschutz. Aus diesem Grund hat die BFM eine Klimaschutzkonzeption erarbeitet und einen entsprechenden Antrag gestellt. Alle in dieser Konzeption vorgelegten Vorschläge sollen einen Einstieg in eine umfassende Klimaschutzkonzeption für die Gemeinde Morsbach bilden.

Es geht hier um die Entwicklung einer Gesamtkonzeption, welche die bisherigen puzzleartigen Ansätze bündelt und alle weiteren zukünftigen Schritte nachvollziehbar steuert. Unsere Konzeption soll ein Diskussionspapier sein und durch Beratungen im Gemeinderat weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Novellierung der Richtlinien zur Förderung regenerativer Energien als Schritt in die richtige Richtung an.

Aufgrund eines Antrages der BFM wird nun, bei einer notwendigen Sanierung die Heizungsanlage im Bauhof, gegen eine umweltfreundliche Pelletskesselanlage ausgetauscht.

In Vorberatungen des Bau- sowie des Haupt- und Finanzausschusses wurde bereits die Herausnahme des Ansatzes „Baumaßnahme Bachstraße“ diskutiert. Die BFM ist der Auffassung, dass diese Baumaßnahme nicht im Jahr 2009 durchgeführt werden sollte. Die Standfestigkeit der Mauer sollte aber gutachtlich überprüft werden, wofür im Haushalt Mittel bereitgestellt werden sollten. Mit Blick auf die Ortskernsanierung Rheinischer Hof und Kirchstraße wurde in der Vergangenheit ein Konzept vom Büro Meckler erarbeitet, was unser Ortszentrum erheblich aufgewertet hätte. Dieses Konzept sollte im Bauausschuss und Rat nochmals mit allen finanziellen Auswirkungen vorgestellt und Beraten werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir dem Haushalt 2009 wegen der Mittel „Ankauf Bahnhofgelände“ zwar einerseits kritisch gegenüberstehen, andererseits dürfen wir für zukünftige wichtige Aufgaben wie der Schullandschaftsreformierung keine Zeit verlieren und werden dem Haushalt folglich zustimmen.

Zum Schluss dieser Haushaltsrede gilt unser Dank wie stets der verdienstvollen Arbeit der Kämmerei sowie der gesamten Verwaltung inklusive Bauhof und der Feuerwehr. Im Namen meiner Fraktion übermittle ich auch allen Dank, die sich ehrenamtlich für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen.

Uns allen frohe Festtage und auf ein Gutes Jahr 2009!

Ihre BFM Fraktion

Klaus Solbach, Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme der UBV/UWG-Fraktion Morsbach zum Haushaltsplan 2009

Herr Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Mit unseren Haushaltsproblemen in Morsbach stehen wir nicht allein. Die Lage mancher Kommune ist geradezu dramatisch. Manche Nachbargemeinden haben ihre finanzielle Handlungsfähigkeit durch ein Haushaltssicherungskonzept bereits ganz eingebüßt.

Will man die Gründe der Misere begreifen, darf man seinen Blick nicht innerhalb der Gemeindegrenzen verweilen lassen. Eine verheerende Finanz- und Sozialpolitik in Bund und Land stürzt die Gemeinden in den Ruin. Dort werden Belastungen beschlossen, die auch die Gemeinden treffen, ohne dass für Kompensationen gesorgt wird. Die Gewerbesteuer als einzige Kommunalsteuer steht für Investitionen aber praktisch nicht zur Verfügung.

Der, oder besser gesagt die Haushalte – Verwaltungs- und Vermögenshaushalt -, über die hier heute abzustimmen ist, beinhalten ordentliche Aufwendungen in Höhe von ca. 19 Millionen Euro. Also eine wichtige Entscheidung über eine bedeutende Finanzmasse für unsere Gemeinde!

Im Laufe der Haushaltsberatungen ist – wie bereits im Vorjahr – nochmals klar geworden, dass der weit überwiegende Teil der Einnahmen und Ausgaben nicht zur Disposition steht und für politische Entscheidungen überhaupt nicht zugänglich ist.

Auf der Einnahmeseite sind die Landeszuweisungen oder die Steuereinnahmen nur zur Kenntnis zu nehmen. Selbst bei von der Gemeinde festzusetzenden Gebühren und Entgelten sind wesentliche Veränderungen kaum möglich.

Lediglich die Zuführung vom Vermögenshaushalt, sprich der Zugriff auf die Rücklage und Darlehnsaufnahmen, unterliegt der Entscheidungskompetenz der Kommune.

Schauen wir uns aber die Ausgabenseite im Verwaltungshaushalt einmal genauer an, so stellt man auch hier fest, dass der weit überwiegende Teil nicht in unsere Entscheidungskompetenz gelegt ist, sondern gesetzlichen oder vertraglichen Bindungen entspringt. Zu nennen sind hier zum Beispiel die von der Gemeinde abzuführende Kreis- und Jugendamtsumlage. Wobei die Kreisumlage in diesem Jahr reduziert wird. Die unumgängliche Belastung erfolgt dann später; nach dem Wahlkampf.

Weiterhin zu erwähnen ist die Aggerverbandsumlage. Durch die Veränderung des Abrechnungsmodus wird die Gemeinde Morsbach extrem stärker belastet. Vorteile haben hier nur die kreisangehörigen Städte, die in der Aggerverbandsversammlung die Mehrheit haben. Dementsprechend wurde dort auch abgestimmt.

Und das muss man den Bürgerinnen und Bürgern deutlich sagen: Sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Ausgabenseite ist unser politischer Handlungsspielraum außerordentlich beschränkt. Die Summe, auf die wir überhaupt einen Einfluss haben, beläuft sich nur auf einen Bruchteil des Gesamthaushalts.

Umso wichtiger ist es, dass in diesem freien Budgetbereich die richtigen Akzente gesetzt werden. Was als richtig angesehen wird, unterscheidet sich von Partei zu Partei und so will ich für die UBV/UWG noch einmal zusammenfassen, worin unsere politische Position besteht und wie wir sie unter den gegebenen finanzpolitischen Zwängen umgesetzt sehen wollten und wollen.



*Dem
Leben
einen
würdigen
Abschied
geben.*

NORBERT KÖTTING
Bestattungen

Erledigung aller Formalitäten
Erd-, See- und Feuerbestattungen
Beratung und Bestattungsvorsorge

Hemmerholzer Weg 35
51597 Morsbach
Tel. 02294-530

Unser diesjähriges Augenmerk richtet sich auf den Bildungsbereich:

Wir begrüßen und unterstützen die Entscheidung zur Einführung einer Gesamtschule in Morsbach. Es bedarf einer enormen finanziellen Kraftanstrengung, um dieses Vorhaben zu schultern aber die Ausbildung unserer Kinder ist dies wert.

Mit dem längeren gemeinsamen Lernen werden bessere Entwicklungsmöglichkeiten für die Kinder, höhere Bildungsleistungen und gleichzeitig mehr Chancengleichheit beim Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen geschaffen.

Entscheidungen über den weiteren schulischen Bildungsweg von Kindern am Ende der Grundschulzeit sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Einerseits haben wissenschaftliche Studien festgestellt, dass die Schullaufbahneempfehlungen nach der Grundschule zu einem großen Teil falsch sind. Andererseits haben auch Eltern zum Ende der Jahrgangsstufe 4 oft Schwierigkeiten, das Leistungsvermögen ihrer Kinder bezogen auf die Wahl des Bildungsganges richtig einzuschätzen.

Die Schullaufbahnentscheidungen am Ende der Grundschulzeit erweisen sich in der Praxis als wenig korrigierbar und sind mit weit reichenden Konsequenzen für den schulischen Bildungsweg und Abschluss verbunden.

In der gemeinsamen Orientierungsstufe besteht die Möglichkeit der weiteren Förderung und Beobachtung der tatsächlichen Leistungsentwicklung. Die Schullaufbahneempfehlungen am Ende der Jahrgangsstufe 6 haben erwiesenermaßen eine erheblich höhere Verlässlichkeit.

Die Gesamtschule bietet alle Schulabschlüsse an. Zu nennen sind hier Berufsreife, Mittlere Reife und Abitur.

Kind- und Familie:

Schon jahrelang hatte sich bei Experten in Westdeutschland die Erkenntnis durchgesetzt, dass die mangelnde Bereitschaft junger Menschen in unserem Land, Kinder zu bekommen und diese verantwortungsvoll groß zu ziehen, handfeste Gründe hat. Dies einzusehen, bedarf keiner großen tiefschürfenden Überlegungen. Der Blick in viele Nachbarländer zeigt, dass wir in Bezug auf Kinderbetreuung im Hintertreffen sind.

Auch im Vergleich mit den entsprechenden Verhältnissen in der früheren DDR, die auch nach dem Beitritt in die Bundesrepublik Deutschland unverändert gut geblieben sind, schneiden wir schlecht ab.

Mittlerweile wurde die Meinung der Experten auch auf die politische Ebene übertragen und Frau von der Leyen hat sich als Vorkämpferin für zeitgemäße Kinderbetreuung in der Partei entwickelt, in der eigentlich die Meinung vorherrscht, Frau gehört an den Herd. Nicht als ob alle Parteifreunde von Frau von der Leyen über ihre Bemühungen entzückt wären. Keineswegs, auch nicht in Nordrhein-Westfalen. Wenn man es ernst gemeint hätte, müssten umfangreichere Finanzhilfen an die Kommunen fließen.

Errichtung Versammlungsstätte

Wir begrüßen es, eine Versammlungsstätte für Morsbach dauerhaft zu sichern, wenn hierzu die finanzielle Möglichkeit besteht,

Gewerbepolitik

Die Gemeinde sollte immer in der Lage sein, Interessenten Gewerbeflächen anbieten zu können. Aus diesem Grund muss die interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen intensiviert werden.

Schluss

Nach wie vor werden wir eine nachhaltige Kommunalpolitik betreiben müssen. „**Nachhaltig**“ ist ein Begriff der ursprünglich aus der Forstwirtschaft kommt und schon im 17. Jahrhundert geprägt wurde. Er bedeutet nichts anderes als dauerhaft erfolgreich und nicht zum Nachteil künftiger Generationen zu sein. Deshalb sind wir auch in Zukunft gefordert mit nachhaltiger Geduld und Hartnäckigkeit, Notwendiges voranzutreiben und Wünschenswertes zurückzustellen.

Unser Dank gilt den Mitarbeitern des Kämmerei und des gesamten Hauses für die Erstellung des Haushaltsentwurfs sowie für die Erläuterungen dazu im Rahmen der Vorberatungen. Außerdem danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, welche dem Gemeinderat und seinen Ausschüssen bei ihrer Arbeit behilflich sind. Auch den im Bauhof tätigen Mitarbeitern der Gemeinde sprechen wir unseren Dank aus.

Die UBV/WWG Fraktion stimmt dem Haushalt der Gemeinde Morsbach für das Jahr 2009 zu.

Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushaltsplan 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die Verabschiedung des Haushaltes 2009 soll am heutigen Tage stattfinden.

Finanzsituation

Ohne liquide Reserven der Gemeinde wird trotz zunehmender Einnahmen der Spielraum für Investitionen immer enger. Nicht nachvollziehbare Umlagen des Kreises, zusätzliche Hartz 4 Ausgaben, hohe Kosten durch Pflegestützpunkte, also zusätzliche Verschwendung von Geldern für unnötige Verwaltungen, d.h. unnötige Bürokratie, belasten direkt oder indirekt die Bürger unserer Gemeinde, anstatt direkt zum Wohle der Bürger eingesetzt zu werden. Die Aufgaben der Biologischen Station Oberberg werden inzwischen zusätzlich vom überzähligen Personal des LVR wahrgenommen, und damit über die Umlage doppelt finanziert.

Personalpolitik

„Gott sei Dank wurde die zusätzliche Stelle in der Kämmerei nicht eingerichtet, die unsere Bestrebungen zum Sparen konterkariert hätte.“ Dies ist der erste Satz aus unserer Rede zum Haushalt des vergangenen Jahres. Es verwundert, dass jetzt die Verwaltung pauschal dem Rat die Schuld für erneute Personalforderungen zuschiebt. Die FDP-Fraktion war gegen diesen Wunsch der Kämmerei und stellt mit Befriedigung fest, dass dieser Wunsch nicht in Erfüllung gegangen ist.

„Personalpolitik in der Gemeindeverwaltung ist als langfristige Planung zu verstehen. Entsprechend sollten solche Stellendefizite aus dem vorhandenen Kader ausgeglichen werden ohne neue Stellen zu schaffen. Unser Modell der schlanken Verwaltung darf Stellenzuwächse ohne äußere Zwänge und Finanzierung von außen nicht zulassen. Die gleiche sparsame Personalpolitik erwarten wir natürlich auch von der Kreisverwaltung und dem Kreistag. Nur so besteht eine Chance, die Abgaben an den Kreis, die über 60% der Einnahmen unseres Haushaltes ausmachen, auf lange Sicht zu mindern.“ Auch diese Stellungnahme stand bereits in der Haushaltsrede des Vorjahres und hat nach wie vor Gültigkeit.

Wirtschaftsförderung

Als einzige Gemeinde des oberbergischen Kreises hat Morsbach seit 2001 erhebliche Verluste an Gewerbe und damit gleichzeitig Verluste an Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen erlitten. Mittlerweile werden diese Defizite selbst durch eine volle Belegung

des „neuen“ Gewerbegebietes Lichtenberg bestenfalls gerade noch ausgeglichen.

Zur Sicherung der Einwohnerzahlen bei negativer demographischer Entwicklung in Deutschland ist bei allen Gemeinden mit ungünstiger Verkehrsanbindung unbedingt auf die Berücksichtigung positiver Wohnortfaktoren zu achten.

Angenehmes Wohnumfeld, fußgängige Einkaufsmöglichkeiten, handwerkliches Kleingewerbe vor Ort müssen vorrangige Ziele sein.

Von höchstem Wert ist in diesem Zusammenhang ein komplettes Schulangebot. Dies zu vernachlässigen bedeutet einen schweren Standortnachteil. Die mehrheitlich getroffene Entscheidung des Rates für die Errichtung einer Gesamtschule war richtungsweisend für eine positive Entwicklung der gesamten Gemeinde in den kommenden Jahren. Den Versuch zu unterlassen, ein durchgehendes Schulsystem in Morsbach zu etablieren, heißt, von vorneherein diese Chance aufzugeben. Für unser Gewerbe und unsere Industrie wäre dies ein erheblicher Standortnachteil. Erfolgreiche Anwerbung von Führungskräften ist wesentlich abhängig von den vorhandenen positiven Standortfaktoren. Dies gilt in gleicher Weise auch für die zukünftige Sicherstellung der ärztlichen Versorgung. Wer das Unmögliche nicht versucht, behindert den Fortschritt. Die Widerstände eines Teils des Gemeinderates gegen eine solche Schullandschaft muss in unseren Augen als eine Entscheidung gegen eine positive Entwicklung gewertet werden. In diesem Sinne stellt sich die Frage, ob die CDU Morsbach als negativer Standortfaktor für diese Gemeinde gewertet werden will.

Die Aussagen der Kultusminister zur Leistungsfähigkeit der Schüler auf Grund der neuesten Studienergebnisse auf Bundesebene bestätigen, dass die gemeinsame Unterrichtung der Schüler, über die vierte Klasse hinaus, die besten Ergebnisse sichert.

Für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde ist die Anbindung an die Autobahn und speziell der Ausbau der L 336 vorrangig zu betreiben. Die Verschwendung unserer Beiträge zum Solipakt im Osten für unsinnige Investitionen lässt die hiesige Infrastruktur verkümmern. Warum schließen sich die Bürgermeister der Gemeinden nicht zu einer Klagegemeinschaft gegen dieses Unrecht zusammen? (Siehe Klage zur Pendlerpauschale)

In den letzten Jahren wurde das gemeindeeigene Straßennetz unseres Erachtens vorausschauend saniert. Langfristig ist es finanziell günstiger, Nägel mit Köpfen zu machen, als ständige und wiederholte punktuelle Reparaturen durch den Bauhof.

Sehr gut ist der Zugriff auf die bereitgestellten EU-Mittel in Folge der Schäden durch Kyrill. Auch die Ausführung ist gelungen. Hierfür sagen wir den Verantwortlichen vielen Dank.

Energiemanagement

Die Folgen des verfehlten Energiemanagements zeigen sich im heutigen Haushaltsentwurf in übermäßigen Steigerungen der Kosten im vergangenen Jahr:

2007: 140 000 €

2009: ca 250 000 €

Durch die Ignoranz gegenüber der sich abzeichnenden Energiekostenentwicklung und die fehlende Zukunftsfähigkeit der Gremien dieser Gemeinde müssen wir massive Kostensteigerungen hinnehmen.

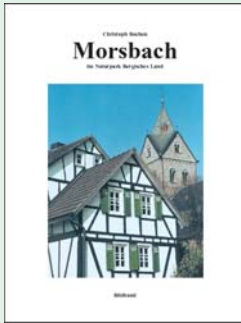
Im Zuge der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung fordert die FDP nochmals die fällige Umorientierung im Energiemanagement.

Gebührenbelastungen für die Bürger

Wir danken der Gemeindeverwaltung für die übersichtliche Ausarbeitung der Berechnungen und Informationen über die zukünftige Regelung der Abwasserbeseitigung der Gemeinde. Wir weisen darauf hin, dass diese gerichtlich geforderte Maßnahme für den Bürger kostenneutral ausgeführt werden muss. Leider müssen wir dem Vorschlag des Regierungspräsidenten (siehe Hinweis im Vermerk des Kämmereis zum Haushaltsplan) aufs schärfste

Ärztlicher Notfalldienst Morsbach:

Rufnummer 0180 50 44 100



Bildband **MORSBACH** im Naturpark **Bergisches Land** Christoph Buchen, 2004

Das Buch ist erhältlich in **allen Buchhandlungen** sowie im **Druckhaus Gummersbach PP GmbH** · Tel. 02261/95720 · Fax 5 63 38 · e-mail: info@druckhaus-gummersbach.de

widersprechen, wenn er fordert, die Gebühren für Leistungen der kommunalen Eigenbetrieben deutlich zu erhöhen, um so den Kernhaushalt der Gemeinde zu stützen. Dies entspräche einer zusätzlichen Gemeindesteuer. Das widerspricht wiederum unserer Vorstellung kostendeckender Gebühren unserer Werke. Bei uns ist die Verzinsung des Eigenkapitals zu banküblichen Zinsen als Optimum ausreichend.

Die uns jetzt schon vorliegenden Erhöhungen der Gebühren sollten Anlass sein, jede Maßnahme zu überdenken, die die Bürger im Krisenjahr 2009 noch mehr belastet.

Vorgelegt wurde im Haushalt 2009 auch eine Gebührenerhöhung für die Abfallbeseitigung des Restmülls. Wir geben zu bedenken, dass die neuesten Erkenntnisse auf dem Gebiet der Beseitigung und Separierung von der Politik blockiert werden. Damit zahlt der Bürger deutlich zu hohe Beträge für Verpackungen. Warum zahlen wir weiterhin für den grünen Punkt? Vorliegende Gutachten und Versuchsanlagen beweisen die wirtschaftliche Unsinnigkeit.

Schlussbemerkungen

Es sollte in Zukunft wieder möglich sein, die Sitzungstermine des Rates und der Ausschüsse für ein ganzes Jahr im Voraus zu planen, so, wie es von einer professionell arbeitenden Verwaltung jederzeit zu erwarten ist. Die Verweigerung einer solchen Vorplanung ist eine Behinderung der Mitglieder des Rates, die regelmäßig auch auswärts ihrer Arbeit nachgehen müssen.

Wir möchten den Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Erstellung des Haushaltsplanes mit den entsprechenden Erklärungen zum Inhalt danken.

Die Fraktion der FDP stimmt dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplan zu. Auf Grund der schwierigen und nicht absehbaren Wirtschaftsentwicklung in 2009 sollten Verwaltung und Rat den Fortlauf des Planes jederzeit kritisch verfolgen und entsprechend handeln.

Klaus Peters Fraktionsvorsitzender

• VORANKÜNDIGUNGEN •

Der traditionelle „Bunte Abend „des MGVS „Eintracht“ Morsbach

findet statt am **17. Januar 2009** im Gertrudisheim. Beginn der Veranstaltung ist 19.00 Uhr.

Zahlreiche Auftritte aktiver Sänger und Einlagen von Gästen verheißen wirklich einen bunten Abend mit bester Unterhaltung. Am **31. Januar 2009** hält der MGVS „Eintracht“ Morsbach diesjährige Generalversammlung ab.

Beginn ist um 18.00 Uhr im Vereinslokal „An der Seelhardt“.

Das Schadstoffmobil ist wieder im Einsatz

Das Schadstoffmobil wird zu folgenden Terminen in der Gemeinde Morsbach eingesetzt:

Mittwoch, 21. Januar 2009

Alzen	Parkplatz Ehrenstraße	09.00 – 10.00 Uhr
Morsbach	Parkplatz Wohnmobile/ Festplatz Wisseraue	10.30 – 13.30 Uhr
Ellingen	Parkplatz Bürgerhaus Korseifener Straße	14.45 – 15.45 Uhr

Donnerstag, 22. Januar 2009

Steimelhagen	Festplatz	09.00 – 11.15 Uhr
Morsbach	Parkplatz Wohnmobile/ Festplatz Wisseraue	13.15 – 14.15 Uhr
Lichtenberg	Parkplatz Festplatz	14.45 – 15.45 Uhr

Vom Fachpersonal des Schadstoffmobils werden in haushaltsüblichen Mengen kostenlos angenommen:

- Farben, Lacke, Lösungsmittel, Laugen, Säuren, Pflanzenschutzmittel, Spraydosen, Altmedikamente, Leuchtstoffröhren usw.
- sowie Elektrokleingeräte.

Bitte beachten Sie auch die Informationen auf dem Abfallkalender 2009 der Gemeinde Morsbach.

Sollten noch Fragen zur Abfallentsorgung bestehen, wenden Sie sich bitte an die Gemeinde Morsbach, Frau Christa Peitsch, vormittags unter der Telefonnummer 02294 / 699 122.

Termine Heimatverein Wandergruppe 2009

- 18.01.09** 10.00 Uhr: Über den Gipfel der Republik
- 08.02.09** Köln-Tour: Über die Dächer des Doms
- 22.03.09** 10.00 Uhr: Wanderung zur Siegmündung
- 26.04.09** 14.00 Uhr: Wanderung Mittelhof – Dauersberg
- 01.05.09** 10.00 Uhr: Wanderung vom Heimatverein
- 30.05.-06.06.09** Wildschönau Tirol
- 10.07.-12.07.09** Luxemburgische Schweiz, 2. Etappe
- 15.08.09** Samstag!!! 04.24 Uhr ab Wissen/Bahnhof: Tagesfahrt nach Paris (ca. 70,- Euro) begrenzte Platzzahl!
- 27.09.09** 10.00 Uhr: Natursteig Sieg
- 09.10.-11.10.09** Rheinsteig, 5. Etappe
- 08.11.09** 10.00 Uhr: Jakobsweg ab Freudenberg
- 28.11.09** Weihnachtsfeier
- 12.12.-13.12.09:** Weihnachtsmarkt, Mithilfe erbeten!

Anmeldungen für Luxemburg, Rheinsteig und Köln bis zum 30.01.2009

Anmeldungen für Paris und Tirol bis zum 01.05.2009

Treffpunkt der Wanderungen: Parkplatz am Busbahnhof

Anmeldeadresse: Mechthild Diederich
Höhenweg 1,
51597 Morsbach
Tel.: 02294/6041

KRANKENPFLEGEPRAXIS

Birgit Klein-Schlechtingen

Krankenschwester

Bergstr. 8 · 51597 Morsbach-Lichtenberg

Fax: 0 22 94/78 05 · ☎ **02294/17 19**



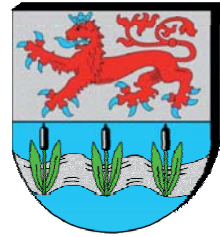
- Ambulante Alten- und Krankenpflege

- Familienpflege

- Warmer Mittagstisch



GEMEINDE MORSBACH
DER BÜRGERMEISTER



EINLADUNG

**Der Bürgermeister der Gemeinde Morsbach lädt
Sie zu einer**

Informationsveranstaltung
zur aktuellen Diskussion über die Errichtung einer
Gesamtschule

**am Montag, den 19. Januar 2009
- 19.00 Uhr -**

**in das pädagogische Zentrum des
Schulzentrums,
Hahner Straße,
51597 Morsbach ein.**

Als Referenten sind eingeladen:

Herr Prof. Dr. Heinz Günter Holtappels
(Institut für Schulentwicklungsforschung)

Herr Roland Schiefelbein
(Schulleiter der Gesamtschule Nettetal)

Herrn Dr. Paul G. Jansen
(Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH)